

Schuldenkrise

Zerbricht jetzt der Euro?

FAS 09.06.2012 · Spanien ist am Boden. Griechenland will nicht mehr sparen. Europa steht vor der Grundsatzfrage: Mehr Macht für Brüssel - oder weg mit dem Euro.

Von Ralph Bollmann und [Christian Siedenbiedel](#)



© Jung, Hannes Zwei Sterne des Eurosymbols am Willy-Brandt-Platz in Frankfurt

So turbulent war die Lage in Europa schon lange nicht mehr. Spanien, immerhin die viertgrößte Volkswirtschaft im Euroraum, ist finanziell am Ende. Ausgerechnet das Land, das bei den Buchmachern als Favorit für die Fußball-Europameisterschaft gehandelt wird, [hat am Samstagabend offiziell eingeräumt, dass es Notfallhilfe aus dem europäischen Rettungsschirm braucht.](#)

Bereits am Dienstag hatte der spanische Finanzminister Cristóbal Montoro zugegeben: „Wir haben als Staat ein Problem. Die Tür zu den Märkten steht Spanien derzeit nicht offen.“ Der Schlüssel liege „unter anderen bei den europäischen Institutionen“. Die Ratingagentur Fitch senkte die Bonität Spaniens daraufhin um drei Stufen auf „BBB“. Auf 60 bis 80 Milliarden Euro beziffert der Internationale Währungsfonds die benötigte Hilfe, bis zu 100 Milliarden Euro werden die Euro-Staaten nun zur Verfügung stellen.

Hilfe gibt es nur gegen strenge Auflagen

Klar ist: Hilfe gibt es für gewöhnlich nur gegen strenge Auflagen, wie in Griechenland zu besichtigen. „Herren in Schwarz“ haben die Griechen die Abgesandten der Troika getauft, die zur Prüfung kommen, ob Haushaltsdefizite, Staatsausgaben und Beamtenlöhne ausreichend heruntergefahren wurden. In Spanien werden die Auflagen nun vor allem die Bankenaufsicht betreffen.

Das gibt wenigstens etwas Hoffnung. In Griechenland nämlich hat die Unzufriedenheit mit diesem Spardruck dazu geführt, dass 78 Prozent der Bevölkerung sich dem Diktat des restlichen Europas entziehen möchten. Ein solcher Schritt könnte den Austritt aus dem Euro zur Folge haben. Die Wahl am kommenden Sonntag wird in dieser Frage zum Plebiszit.

Soll man jetzt eine politische Union bauen - oder die Eurozone entflechten?

Mit Spanien sind es nun schon vier EU-Länder, die sich nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können. Und Zypern hat wohl nur deshalb noch keinen Antrag auf Hilfe gestellt, weil das Land noch auf weitere Hilfe aus Russland hofft. Die Suche nach einem Ausweg stellt die Eurostaaten vor die Grundsatzfrage: Soll man die Probleme der Währungsunion

lösen, indem man über sie eine politische Union baut - so schnell es geht, koste es, was es wolle? Oder ist genau die gegenteilige Strategie richtig: Sollte man die Eurozone entflechten, das eine oder andere Mitglied austreten lassen - und ein Zerbrechen des Euro riskieren?

Hinter der Frage steht ein ökonomischer Konflikt, der schon die Gründung der Währungsunion begleitet hatte: Können Länder, die sehr unterschiedlich sind und keine gemeinsame Regierung haben, trotzdem mit Erfolg eine gemeinsame Währung einführen? Ja, hatten die Anhänger der „Lokomotivtheorie“ gesagt: Die Währungsunion zieht die politische Union nach sich. Nein, hatten die Anhänger der „Krönungstheorie“ entgegnet: Eine Währungsunion ist allenfalls nach der Vollendung einer politischen Union möglich.

Jahrelang war es um diesen Streit ruhig geworden, weil es mit dem Euro irgendwie zu laufen schien. Doch die erhoffte Konvergenz der Euroländer fand nur bei Löhnen und Preisen statt.

Bisher ist die Währungsunion „unvollständig“

Bei finanzieller Lage und Wirtschaftspolitik blieb sie aus. Nichts zeigt das so deutlich, wie das Auseinanderlaufen der Zinsen, die Europas Staaten aufgrund unterschiedlicher Bonität für ihre Schulden zahlen müssen. Die Rede ist von einer „unvollständigen Währungsunion“, der das politische Pendant fehlt. „Baby Union“ hat Joshua Aizenman, Ökonom an der University of California, diesen Zustand genannt.

Jetzt, in der Krise, wird der Ruf nach einer politischen Union deshalb um so lauter. Wenn die Staaten zu unterschiedlich sind, um eigenverantwortlich ihre Budgets in Ordnung zu halten - dann soll eben eine starke Zentralgewalt dafür sorgen.

Die Deutschen sollen Souveränität abgeben, findet Angela Merkel

Bundeskanzlerin Angela Merkel schwört die Deutschen schon darauf ein, dass sie Souveränität an Europa abgeben sollen. „Wir brauchen mehr Europa“, sagte sie jetzt im „ARD-Morgenmagazin“. „Wir brauchen nicht nur eine Währungsunion, sondern wir brauchen eine sogenannte Fiskalunion, also mehr gemeinsame Haushaltspolitik.“ Vor allem aber sei eine politische Union nötig, „das heißt, wir müssen Schritt für Schritt im weiteren Verlauf doch auch Kompetenzen an Europa abgeben, Europa auch Kontrollmöglichkeiten einräumen.“

Bereits auf dem nächsten EU-Gipfel Ende Juni soll es einen Arbeitsplan für den Umbau der Union geben, so haben es die Staats- und Regierungschefs bei einem Arbeitssessen vor zwei Wochen in Brüssel beschlossen. „Das wird der Startschuss sein für eine große Aufgabe, die Europa sich vornimmt“, heißt es in Berliner Regierungskreisen pathetisch. Man wolle die Wirtschafts- und Währungsunion „in eine neue Phase führen“, sagte Ratspräsident Herman van Rompuy. [Gemeinsam mit Kommissionschef José Manuel Barroso, Eurogruppen-Chef Jean-Claude Juncker und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, tüftelt er an dem Konzept.](#)

Jetzt geht es auch um eine politische Union

Neben den Strukturreformen und der Fiskalunion, die schon bisher auf der Agenda standen, geht es nun auch um eine Bankenunion und vor allem um Schritte in Richtung einer politischen Union. Und es soll, nachdem Frankreich am 17. Juni die Parlamentswahl hinter sich hat, auf einmal alles ganz schnell gehen. „Wir werden vor Ende Juni liefern müssen, damit wir noch im Laufe dieses Jahres zu Integrationsschritten in Wirtschaft und Finanzen kommen“, sagt Luxemburgs Premier Juncker.

Ein erster Schritt könnte nach Ansicht vieler Politiker eine „Bankenunion“ sein. Was sich die

verschiedenen Länder darunter vorstellen und wann sie diese einführen wollen, das ist höchst unterschiedlich. Gemeinsam ist allen Konzepten die Idee einer einheitlichen europäischen Bankenkontrolle - und die Vorstellung, dass letztlich auch die Risiken von allen gemeinsam getragen werden. So soll die Verzahnung der nationalen Einlagensicherungen dafür sorgen, dass die deutsche Einlagensicherung nicht nur bei Ausfällen hierzulande einspringen muss, sondern auch bei Bankenpleiten in Südeuropa. Das ist gut für Länder mit schlechten Banken - und schlecht für Länder mit guten Banken. Die deutschen Sparkassen und Volksbanken murren daher schon vernehmlich.

Die Franzosen sind nicht sehr erbaut

Das alles geht am Ende nicht ohne eine Änderung der Europäischen Verträge, die wiederum in allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss - teilweise mit Volksabstimmungen. Ob es dazu auch einen neuen Verfassungskonvent geben wird, ist noch offen. Spannend bleibt auch die Frage, ob die Briten dabei mitspielen. Das Argument, dass sie selbst von verschärften Regeln für die Eurozone gar nicht betroffen sind, hat sie schon beim Fiskalpakt nicht überzeugt. Diesmal müht sich Merkel, ihren Londoner Kollegen David Cameron frühzeitig zu umgarnen. Auffallend oft redet sie jetzt von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. „In Europa hat es immer verschiedene Formen der Integration gegeben“, sagte sie jetzt bei einer Diskussion mit Cameron in Berlin.

Wenig erbaut von den deutschen Reformplänen ist bislang die Öffentlichkeit in Frankreich. „Mehr Europa“: Das heißt in den Ohren der auf ihre Souveränität bedachten Franzosen vor allem mehr Kontrolle durch die strengen Deutschen. Viel Wirbel verursachte im Nachbarland ein in Deutschland kaum beachtetes Wachstumskonzept von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), das vor allem ums Sparen kreiste und eigentlich für die innenpolitischen Gespräche mit SPD und Grünen gedacht war. Das sei eine oberlehrerhafte „Wirtschaftslektion für die europäische Linke“, schimpfte die Zeitung „Le Monde“.

In keinem Land gilt der Euro mehrheitlich als „gute Sache“

Auch eine Meinungsumfrage des konservativen amerikanischen Instituts Pew zeigt die große Skepsis, die viele Europäer gegenüber einer forcierten Integrationspolitik hegen. [In keinem der Länder nannte die Mehrheit der Befragten den Euro „eine gute Sache“](#). Nur bei den gegenüber der eigenen Regierung traditionell misstrauischen Italienern sprach sich eine Mehrheit der Befragten dafür aus, Brüssel bei der Budgetplanung der Einzelstaaten stärkere Kontrollrechte einzuräumen.

Währungsexperten sind unsicher, wie das ausgeht. „Eine Reaktion auf die Turbulenzen im Euroraum wird sein, dass die Politiker die politische Union vorantreiben wollen“, sagt Hans-Werner Sinn, der Chef des Münchener Ifo-Instituts. „Hilfsgelder dürften noch großzügiger als bisher gewährt werden - gleichzeitig wird man an den Rändern des Euroraums schon das Auseinanderfallen der Währungsunion beobachten können.“

Griechenland werde den Euro verlassen, so viel sei schon klar, sagt Sinn. „Auch Portugal wird es nicht schaffen, die erforderlichen Anpassungsprozesse innerhalb der Währungsunion vorzunehmen.“ Der Chef des Ifo-Instituts beruft sich dazu auf Berechnungen der Investmentbank Goldman Sachs, die kalkuliert hat, um wie viel die Preise und Löhne in den verschiedenen südeuropäischen Ländern sinken müssten, damit das Land wieder wettbewerbsfähig würde. „Um ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, müssten Portugal und Griechenland bei Löhnen und Preisen um rund ein Drittel billiger werden. Das ist nicht darstellbar“, meint Sinn. „Spanien müsste um rund 20 Prozent abwerten. Das ist theoretisch mit einem Siechtum über ein oder anderthalb Jahrzehnte auch innerhalb des Euro möglich.“

Sinn glaubt, der Euro werde vermutlich nicht ganz auseinanderfallen. Die Kernländer wie

Deutschland, Frankreich, Österreich und die Niederlande würden die gemeinsame Währung wahrscheinlich behalten. „Sicher bin ich mir aber nicht, denn auch Frankreich hat ein erhebliches Wettbewerbsproblem.“ Irland hingegen habe bereits um 15 Prozent abgewertet. „Die Iren haben ihre Arbeit getan, die müssen nicht austreten.“ Italien müsste um zehn bis fünfzehn Prozent abwerten: „Auch dafür muss man nicht aus dem Euro austreten.“

„Man kann einen Zerfall der Eurozone nicht völlig ausschließen“

Die Unsicherheit sei groß, sagt auch Clemens Fuest, Ökonomieprofessor in Oxford und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums. Griechenland werde mit hoher Wahrscheinlichkeit ausscheiden. „Ich denke, man kann einen darüber hinausgehenden Zerfall der Eurozone, so schlimm dieses Szenario ist, nicht völlig ausschließen.“ Er halte es allerdings für wahrscheinlicher, dass die Eurozone, „vermutlich ohne Griechenland“, erhalten bleibe und die Politik tue „was notwendig ist, um sie zu stabilisieren“.

Jörg Krämer, der Chefvolkswirt der Commerzbank, erklärt polit-ökonomisch, warum er eine weitere Zentralisierung in der Eurozone für wahrscheinlicher hält als einen Zerfall des Euro: „Die politischen und wirtschaftlichen Eliten hängen von der Weiterexistenz der Währungsunion ab.“ Um sie zu erhalten, würden sie so ziemlich alles tun, meint er. „Bis hin zur Einführung von gemeinsamen Anleihen.“

In der Krise neigen Staatenbündnisse zur Zentralisierung

Beispiele aus der Geschichte zeigen, dass lockere Staatenbündnisse oder Bundesstaaten in Krisenzeiten zur Zentralisierung neigen. Wenn die Zeiten schwierig werden, lassen sich gravierende Veränderungen offenbar leichter durchsetzen. Ein Beispiel für die erfolgreiche Zentralisierung von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat ist die Gründung der Vereinigten Staaten.

Auch die Schweiz bekam ihre heute noch gültige Verfassung als einheitlich organisierter Bundesstaat im Jahr 1848 nach einem tiefen Zerwürfnis zwischen den zuvor staatsrechtlich souveränen Kantonen, dem sogenannten Sonderbundkrieg.

Auch in Deutschland hatten einst die Länder die Finanzhoheit

Ein anderes Beispiel ist die Zentralisierung der Steuererhebung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Der Berliner Finanzwissenschaftler Charles Blankart erinnert daran, dass es in Deutschland nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 die Länder waren, damals Bundesstaaten genannt, die das Recht zur Erhebung der wichtigsten Steuern hatten. Das Kaiserreich sei „Kostgänger“ der Länder, formulierte der erste Kanzler Otto von Bismarck.

Es waren die turbulenten Krisenzeiten nach dem Ersten Weltkrieg, die der tüchtige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger dafür nutzte, diese Verhältnisse umzukehren. Er führte eine Reichseinkommensteuer ein, die Ländersteuern ersetzte, und baute zugleich eine leistungsfähige Reichsfinanzverwaltung auf. Der heutige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zitiert den badischen Landsmann gern als Vorbild.

Am Ende wächst immer der Zentralhaushalt

Der Anteil der Ausgaben des Reiches an allen öffentlichen Ausgaben stieg von 1913 bis 1930 von 33 auf 40 Prozent. Die Finanzflüsse wurden umgekehrt, die Länder waren auf einmal von Überweisungen des Reiches abhängig. Zugleich wurde ein Finanzausgleich geschaffen, wie es ihn in Deutschland bis heute gibt - und wie er in Europa Folge eines zentralen

Budgetrechtes mit zentralen Steuern wäre.

“Popitzsches Gesetz“ nennen die Ökonomen eine aus den Erfahrungen jener Jahre abgeleitete Regel, benannt nach dem Finanzwissenschaftler Johannes Popitz: Sie besagt, dass in hierarchisch geordneten Gebietskörperschaften der zentrale Etat immer die größte Anziehungskraft ausübt. Ausgaben und Einnahmen eines zentralen Haushalts werden immer größer gegenüber untergeordneten Haushalten.

Oder ist so viel Zentralisierung gar nicht vorstellbar?

So erginge es vermutlich auch Europa, würde man mit gemeinsamen Steuern und einem gemeinsamen zentralen Etat beginnen - der Brüsseler Haushalt würde gegenüber den Länderetats immer größer.

Anders als die Länder des Deutschen Reiches und die amerikanischen Einzelstaaten haben die Staaten Europas ihre Souveränität noch - den Kräften der Zentralisierung stehen deshalb auch gegenteilige Kräfte gegenüber. „Krisen befördern zwar die Zentralisierung - aber Verteilungskämpfe befördern den Zerfall“, sagt Ifo-Chef Sinn. Er hält es für kaum möglich, die Probleme mit dem Euro in Europa durch Zentralisierung zu lösen. „Dazu müsste Europa zu einer Nation werden.“ Mit Armee, Regierung - und einem gemeinsamen Haushalt. Selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika habe die Bundesebene kein Durchgriffsrecht auf die Haushaltspolitik der Einzelstaaten und übernehme nicht deren Schulden. „Wenn man die Probleme in Europa durch Zentralisierung lösen wollte, benötigte man in Brüssel also eine mächtigere Zentralgewalt als in Washington. Es ist nicht vorstellbar, dass die Einzelstaaten Europas und ihre Bevölkerung so viel Souveränität abgeben wollen.“

Quelle: F.A.S.

Die doppelte Vertrauenskrise

FAZ 10.06.2012 · Die Schuldenkrise ist eine Vertrauenskrise – und zwar eine doppelte. Nicht nur die Anleger misstrauen den Euro-Staaten. Auch die Wähler sind verunsichert: Wer vertraut noch Europas Politikern, wenn auf deren Ankündigungen kein Verlass ist?

Von Christoph Schäfer

[Artikel Bilder \(1\)](#) [Lesermeinungen \(16\)](#)



© dapd

Euro-Denkmal vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt: Muss man für die Verteidigung der gemeinsamen Währung lügen?

Als Orakel taugt der deutsche Finanzminister nichts. Auf die Frage, ob die spanische Regierung den Rettungsschirm in Anspruch nehmen müsse, beteuerte Wolfgang Schäuble vor einem Monat noch: „Spanien ist auf dem richtigen Weg. Die Spanier sagen, wir schaffen es allein, und ich glaube ihnen das.“ Seit Samstagabend wissen wir es besser, die Euro-Staaten werden Spaniens Banken mit bis zu 100 Milliarden Euro stützen.

Kein Verlass

Vielleicht hat sich Schäuble auch einfach zu sehr auf seine spanischen Ministerkollegen verlassen. Knapp zwei Stunden, bevor die Nachricht vom spanischen Hilferuf um die Welt ging, versicherte Industrieminister José Manuel Soria, seine Regierung habe sich „in keinem Moment“ vorgenommen, Hilfe zu beantragen, bis die Berichte von Prüfungsexperten vorlägen. Diese Berichte würden erst in zehn bis 14 Tage erwartet. Formal war seine Aussage korrekt: Noch hat Spanien offiziell nicht um Hilfe gebeten. Aber zwei Stunden nach Sorias Beruhigungsversuch stand fest, dass Madrid in ein paar Tagen bitten wird. Der unvoreingenommene, verständige Zuhörer, auf den deutsche Richter gerne abstellen, kann die Worte des Ministers nur als Täuschung empfinden.

Doch der spanische Minister ist nicht der einzige, auf den kein Verlass ist. Denken wir mal zurück an den Fall von Griechenland.

Am 21. Dezember 2009 bekräftigte Wolfgang Schäuble: „Wir Deutschen können nicht für die Fehler der Griechen zahlen.“

Am 3. Februar 2010 versicherte Griechenlands Regierungschef Giorgos Papandreou: „Lassen Sie mich eines absolut klarmachen: Griechenland will keinen Cent von deutschen Steuerzahlern.“

Am 21. März 2010 erklärte Kanzlerin Angela Merkel: „Griechenland sagt selber, dass es im Augenblick keine Hilfe braucht.“ Dem Land drohe nicht die Zahlungsunfähigkeit.

Am 28. April 2010 beteuerte Außenminister Guido Westerwelle: „Diejenigen Spekulanten,

die gegen Griechenland wetten, werden sehr viel Geld verlieren.“

„Trau, schau, wem“

Wer sich auf ihre Aussagen verließ, war später verlassen. So wie Commerzbank-Chef Martin Blessing. Vor ein paar Monaten klagte er: Europas Spitzenpolitiker hätten noch 2010 den privaten Gläubigern Griechenlands versprochen, dass es bis 2013 keinen Schuldenschnitt für Athen geben werde. Man habe ihm damals beteuert, er müsse seine Staatsanleihen nicht schnell verkaufen. „Wenn heute noch mal ein Politiker zu mir käme und verlangte, wir sollten unsere Staatsanleihen in den Büchern halten, dann antworte ich: Trau, schau, wem.“

Wahrscheinlich hat Blessing recht. Wer kann sich noch an all die Tabus erinnern, die auch die deutsche Regierung immer wieder beschwor, um sie später zu brechen? Die im Maastrichter Vertrag festgeschriebene Regel, wonach kein Euroland für ein anderes haften darf, gilt schon lange nicht mehr. Automatische Sanktionen beim Reißen von Schuldengrenzen gibt es allen Beteuerungen zum Trotz nach wie vor nicht, dennoch wurden die Krisenfonds aufgestockt. Deutschland haftet inzwischen für weit mehr als jene 211 Milliarden Euro, die CSU-Chef Horst Seehofer vor ein paar Monaten noch wie ein Glaubensbekenntnis verteidigte.

„Wenn es ernst wird, muss man lügen“

Am 17. Juni findet nun die Parlamentswahl in Griechenland statt. Nur wenige Beobachter glauben, dass jene Parteien gewinnen werden, die sich an die internationalen Absprachen halten wollen. Für den Fall, dass das Land den fest versprochenen Sparkurs verlässt, drohen Europas Spitzenpolitiker seit Monaten damit, Athen den Geldhahn zuzudrehen.

Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker etwa beteuerte im Spiegel: Sollte Griechenland die notwendigen Reformen nicht umsetzen, könne es nicht erwarten, „dass Solidaritätsleistungen von den anderen erbracht werden“. Und weiter: „Wenn wir feststellen sollten, dass alles schiefgeht in Griechenland, dann würde es kein neues Programm geben, dann hieße das, dass die Pleiteerklärung erfolgt.“

Das Problem ist: Müssen die Griechen diese Drohung wirklich glauben? Vor rund einem Jahr kursierte ein Satz von Juncker in Brüssel, der an Klarheit kaum zu überbieten ist: „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“ Hoffentlich ist der Satz nicht bis Athen gedrungen. Er könnte die griechischen Wähler ermuntern, es drauf ankommen zu lassen.

Quelle: FAZ.NET

The "Solution" Is Collapse (June 8, 2012) Of Two minds.com

<http://www.oftwominds.com/blogjune12/solution-is-collapse6-12.html>

So the root problem is the system, human nature, blah blah blah. There are no "solutions" that can fix those defaults. Thus the "solution" is collapse.

Policies create incentives and disincentives. Some are intended, some fall into the category of unintended consequences. Regardless of their intention, policies that create windfalls ("easy money") or open spigots of "free money" (or what is perceived as free money by the recipient) quickly gather the allegiance of everyone reaping the windfall or collecting the free money.

This allegiance is soon tempered into political steel by self-justification: humans excel at rationalizing their self-interest. Thus my share of the swag is soon "absolutely essential."

Humans don't need much incentive to pursue windfalls or free money--seeking windfalls in the here and now is our default setting. Taking the pulpit to denounce humanity's innate greed, avarice and selfishness doesn't change this, as seeking short-term windfalls has offered enormous selective advantages for hundreds of thousands of years.

That which is painful to those collecting free money will be avoided, and that which is easy will be pursued until it's painful. Borrowing \$1.5 trillion a year from toddlers and the unborn taxpayers of the future is easy and painless, as toddlers have no political power. So we will borrow from the powerless to fund our free money spigots until it becomes painful.

It won't become painful to borrow from our grandkids for quite some time, and it will probably not become progressively painful, either, because we will suppress the pain with superlow interest rates and other trickery. The pain will more likely be of the sudden, unexpected, "this can't be happening to me" heart-attack sort: the free-money machine will unexpectedly grind to a halt in some sort of easily predictable but always-in-the-future crisis.

"Solutions" that turn off the free money spigots are non-starters, not just from self-interest but from ideology. Any attempt to tighten the spigots steps on ideological toes, as each spigot is ideologically sacred to one political camp or another.

Liberals don't want to hear about scamming of their sacred "we must help everyone in need" welfare programs, and conservatives don't want to hear about cartel looting of their sacred "free enterprise" system.

And so we have gridlock, what I call profound political disunity. Everybody at each trough of free money fights tooth and nail to keep their spigot wide open, and so the "solution" is to borrow 10% of the nation's output in "free money" every year until the free-money machine breaks down.

Each ideology worships their own version of cargo-cult economics: if we wave the dead chicken over the enchanted rocks while dancing the humba-humba, prosperity and abundance will magically return and we can "grow our way out of debt."

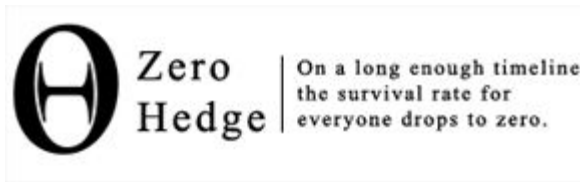
We're like a sprawling family bickering over the inheritance: we'll keep arguing over who deserves what until the inheritance is gone. That will trigger one final outburst of finger-pointing, resentment and betrayal, and then we'll go do something else to get by.

The "solution" is thus collapse. This model has been very effectively explored in [The Upside of Down: Catastrophe, Creativity, and the Renewal of Civilization](#) by Thomas Homer-Dixon. The basic idea is that when the carrying costs of the society exceed its output, the whole contraption collapses.

The political adjunct to this systemic implosion is that the productive people just stop supporting the Status Quo because it's become too burdensome. The calculus of self-interest shifts from supporting the bloated, marginal-return Status Quo to abandoning it.

So the root problem is the system, human nature, blah blah blah. There are no "solutions" that can fix those defaults. The "solution" is collapse, as only collapse will force everyone to go do something more sustainable to get by.

Until then, arguing about "solutions" is a sport to be enjoyed sparingly.



Spain IS Greece After All

Here Are The Main Outstanding Items Following The Spanish Bailout



Submitted by [Tyler Durden](#) on 06/09/2012 14:52 -0400

After two years of denials, we finally have the right answer: Spain IS Greece. Only much bigger (it is also the US, although while the US TARP was \$700 billion or 5% of then GDP, the just announced Spanish tarp is 10% of Spanish GDP, so technically Spain is 2x the US). So now that the European bailout has moved from Greece, Ireland and Portugal on to the big one, Spain, here are the key outstanding questions.

1. Where will the money come from?

De Guindos, Schauble and the Eurogroup, all announced that the sole source of cash would be the ESM and/or the EFSF. The problem with this is that the ESM has yet to be ratified by Germany, whose parliament said previously it is *sternly against allowing the ESM to fund a direct bank bailout*, something which just happened. Thus, the successful German ESM ratification vote, whenever it comes, and which previously was taken for granted, now appears to be far more questionable.

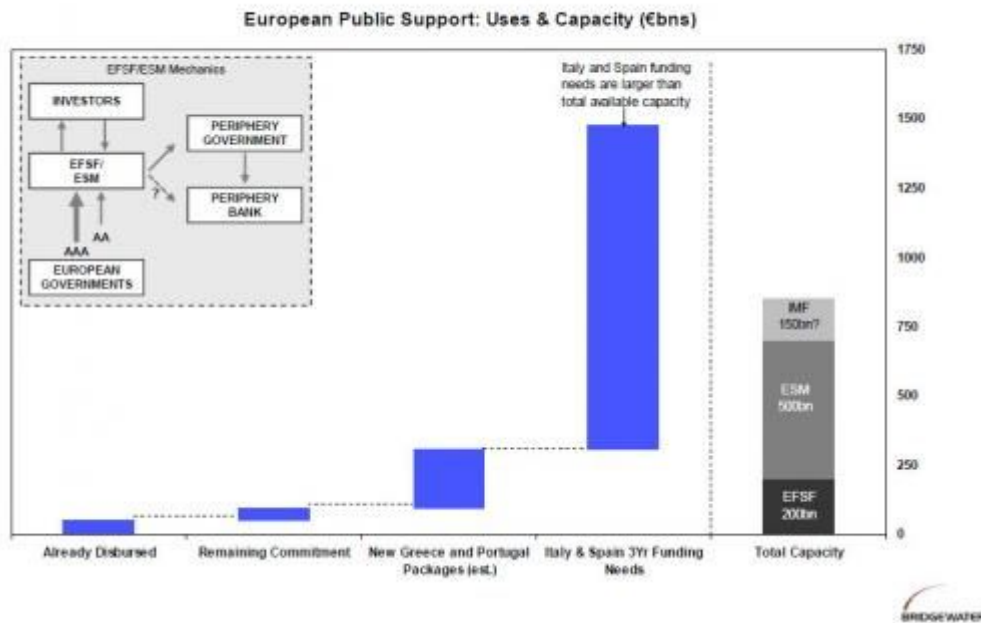
Which leaves the EFSF. The problem [with the EFSF](#) is that there is about €200 billion in dry powder. And this includes the Spanish quota of €93 billion, which we can only assume is now officially scrapped.

	New EFSF Guarantee Commitments (€m)	New EFSF contribution key (%)	EFSF Amended Guarantee Commitments* (€m)	EFSF amended contribution key* (%)
Austria	21,639	2.78	21,639	2.99
Belgium	27,032	3.47	27,032	3.72
Cyprus	1,526	0.20	1,526	0.21
Estonia	1,995	0.26	1,995	0.27
Finland	13,974	1.79	13,974	1.92
France	158,488	20.31	158,488	21.83
Germany	211,046	27.06	211,046	29.07
Greece	21,898	2.81	-	0.00
Ireland	12,378	1.59	-	0.00
Italy	139,268	17.86	139,268	19.18
Luxembourg	1,947	0.25	1,947	0.27
Malta	704	0.09	704	0.10
Netherlands	44,446	5.70	44,446	6.12
Portugal	19,507	2.50	-	0.00
Slovakia	7,728	0.99	7,728	1.06
Slovenia	3,664	0.47	3,664	0.51
Spain	92,544	11.87	92,544	12.75
Total	779,783	100	726,000	100

As of 18 October 2011

Which brings us to a bigger question: now that Spain is officially to be bailed out, what happens next. And by that we mean of course the big one: **Italy**. Recall that as we posted in [Brussels... We Have A Problem](#), once the contagion spreads again to Italy, and that country also needs a bailout, it is game over. From the world's biggest hedge fund Bridgewater:

EFSF/ESM WON'T CLOSE THE FUNDING GAP



In other words, it is very likely that the funding for the Spanish bailout will have yet to be procured. Who will provide cash which is virtually certain to disappear forever in the Spanish real-estate market mismarking vortex?

2. Where will the money go?

According to the de Guindos press conference, the bailout cash will go to the FROB, or the [Fund for Orderly Bank Restructuring](#): as the name implies a sinking fund to fund insolvent banks. This is merely a liquidity vehicle to net out evaporating capital due to realistic marks of assets, or ongoing deposit flight. However, a far bigger concern is how will the FROB be treated from a sovereign debt perspective?

As was noted previously, the bailout will come in the form of a loan, which while at better terms than market, will still result in a material increase in Spanish debt/GDP. In other words, while the bailout itself may have been without sovereign conditions, it will still impair the country in the eyes of sovereign creditors. And just as important is the mention that the loan will have "better terms than market" - this implies added security compared to general Spanish obligations. Hence **priming**.

Recall the official breakdown of the complete Spanish debt, presented here courtesy of [Mark Grant 2 months ago](#):

The Data

Spain's GDP **\$1.295 trillion**

SPAIN'S NATIONAL DEBT

Admitted Sovereign Debt	\$732 billion
Admitted Regional Debt	\$183 billion
Admitted Bank Guaranteed Debt	\$103 billion
Admitted Other Sovereign Gtd. Debt	\$ 72 billion
Total National Debt	\$1.090 trillion

SPAIN'S EUROPEAN DEBT

Spain's Liabilities at the ECB	\$332 billion
Spain's Cost for the EU budget	\$ 20 billion
Spain's Liabilities for the Stabilization Funds	\$125 billion
Spain's Liabilities for the Macro Fin. Ass. Fund	\$ 99 billion
Spain's Guarantee of the EIB debt	\$ 67 billion
Spain's Total European Debt	\$643 billion

Spain's National and European Debt **\$1.733 trillion**

Spain's OFFICAL debt to GDP Ratio 68.5%

Spain's ACTUAL Debt to GDP Ratio 133.8%

* * *

Now we have **another** €100 billion or so in admitted sovereign debt to add to the top of the list. In other words, total Spanish **admitted** debt will likely increase by up to 17% from \$732 billion to \$857, adding the \$125 billion FROB "loan."

3. What happens to Spanish sovereign debt?

Perhaps the most important thing to note in the above analysis is that the FROB loan is effectively a priming DIP: think Troika loans to Greece, Ireland and Portugal.

In other words, Spanish bondholders just got their first taste of subordination!

Basically, first thing Monday the trade off will be: does the temporary improvement in bank solvency offset the fact that bonds just got primed, hinting at a future that in the case of Greece has resulted in the old Greek bonds trading an equivalent price of sub 10 cents on the dollar.

How long until Spanish bondholders get the hell out of Dodge, knowing quite well that their Spanish bond holdings will suffer the same fate as GGBs?

Our advice for those who *need* to have exposure, as we wrote [5 months ago](#): **sell local-law, covenant-lite Spanish bonds, and buy their UK-law, covenant-protected cousins.**

Then sit back and watch the spread explode.

4. Precedent

Naturally with Spain now officially biting the bullet, the only question remaining is: **when is Italy going to drop next.**

And ironically, what just happened, is that the Eurozone, with the tacit agreement of Germany, essentially gave insolvent banks a green light to *short themselves* into a full bailout.

How long until Italian banks get the hint, and proceed to short each other, or themselves, either with shares of stock or, better yet, through CDS which unlike in the sovereign case, can be held without an offsetting cash basis position. In other words: is it time for the Italian bank suicide trade?

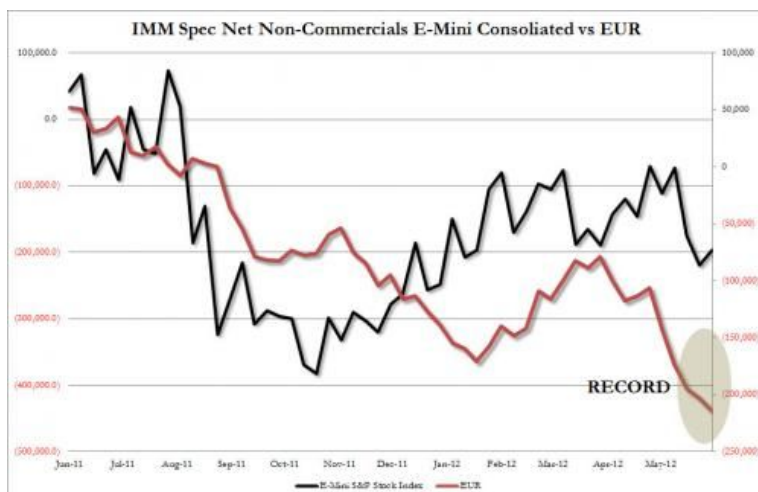
Because only when they are on the verge of nationalization, will Italian banks be rescued. And remember: he who defects (or in this case drops the fastest), first, reaps the biggest benefits of the resultant action.

We also wonder how will Ireland feel knowing that it has to suffer under backbreaking austerity in exchange for Troika generosity, while Spain gets away scott free.

Finally, there is the question of how today's action will impact the Greek elections. As noted earlier today, today's precedent will likely serve as a huge boost to the [popularity of Syriza](#). Oh yes, the Greek elections next Sunday. Remember those, *and the whole Grexit thing?*

5. Market reaction

The long-term reaction is obvious: this latest confirmation that Europe is a sinking ship has been predicted by many for years. As such, that European risk markets will continue sinking, and capital flows continue rushing to Germany, is a given. In the short run, however, courtesy of a new all time record high number of EUR shorts (at a record -214,418 net non-commercial contracts as of this past week) it is likely we may see an aggressive short covering squeeze.



This will send all risk higher as well. Of course, the really is to be faded aggressively as soon as the weak-hand shorts capitulate and cover.

* * *

For those curious just what this mysterious FROB is, which simply stated is, or rather was, a woefully underfunded FDIC equivalent, and is now the Spanish banking system loophole, here is a succinct presentation:

* * *

Finally, for those wondering if today's action will halt the catalyst for the entire move, namely the furious bank run that Spain has been experiencing in the past month, we don't know. It likely all depends on how many Spiderman towels are in circulation and held in inventory by Spain's insolvent banks.

Irrtümer der romantischen Linguistik

FAZ 09.06.2012 · Besser, jemand sagt „Ich gehe Schule“ als „I go to school“: Nicht das Kiezdeutsche ist die Gefahr, sondern das Herabsinken der deutschen Sprache zu einem Soziolekt der Modernisierungsverlierer.

Von Jürgen Trabant



© Nora Klein

Man spricht Deutsch (wahrscheinlich): Kasseler Jungs verschiedener Herkunft beim Fußballspiel

Das Volk, die Natur und der Klang sind Wesenszüge des Romantischen. Sprachwissenschaft ist eine romantische Wissenschaft. Richtige Linguisten haben schon immer das Volk geliebt. Und sie haben schon immer die Sprache als etwas Natürliches ansehen wollen. Das Hohe und das Künstliche war ihnen ein Graus. Und deswegen haben sie auch die Schrift und die Literatur nicht besonders geschätzt, sondern Sprache als wesentlich lautliches Geschehen gefasst. Der Gegenstand der Sprachwissenschaft ist volkstümlich, natürlich und lautlich.

Hohe, künstlerisch-elaborierte und geschriebene Sprache ist die Domäne der Philologie, von der sich die Linguistik deutlich absetzte (auch wenn das sprachthematizierende Universitätsfach „Philologie“ hieß). Richtige Linguisten trieben sich in Alpendörfern und in den Abruzzen herum, tummelten sich dann in Australien und in Neuguinea und forschen jetzt gern in den Vierteln der unterprivilegierten Schichten, also dort, wo die Sprache am volkstümlichsten, am natürlichsten, am wenigsten schriftlich ist. In der neuesten Diskussion um das sogenannte Kiezdeutsche steht wieder einmal das Linguistische dem Philologischen gegenüber. Die Linguistin feiert die Kreativität des einfachen Volkes, das in reiner Mündlichkeit und Natürlichkeit ihm gemäß einfache sprachliche Strukturen generiert. Diese machen zusammengenommen eine neue Varietät des Deutschen aus, die mit linguistischer Professionalität beschrieben wird. Dagegen kann doch eigentlich niemand etwas sagen. Oder?

Die Würde des Deutschen

Es ist nun allerdings so, dass schon allein die gelehrte Beschreibung, ihre „Grammatisierung“, einer Sprache eine Anerkennung zuteil werden lässt, die sie als rein mündliche und unbeschriebene Technik nicht hat. Insofern ist der Akt der Grammatisierung einer mündlich vorkommenden und vermeintlich regellosen Sprache durchaus schon eine Provokation für die Freunde der „hohen Sprachen“, denen bisher allein das Privileg der Grammatik, also der gelehrten Feststellung ihrer Regeln, zukam.

Die Deskription der volkstümlichen und jugendlichen Varietät des Deutschen ist polemisch, sofern sie ständig beweisen muss, dass die Strukturen dieser Sprache nicht defizitär (also kein „restringierter Code“, wie es früher hieß) und dass sie „deutsch“ sind. Sie kämpft ständig gegen eine angenommene linguistische Xenophobie - aber wer ist denn eigentlich xenophob, wer fände es denn schlimm, wenn die Struktur „Ich mach dich Messer“ türkisch wäre, warum muss sie denn deutsch sein? Außerdem möchte die Linguistin der von ihr entdeckten Varietät des Deutschen eine eigene Würde geben, deswegen bezeichnet sie diese als Dialekt. Damit schließt sie an die gute alte Dialektologie an, die seit hundert Jahren die Dialekte als Sprachen mit einer eigenen Würde gegenüber der „Hoch-Sprache“ und ihren philologischen Liebhabern verteidigt.

Die philologisch Gesinnten wehren sich gegen die Zumutung einer wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aufwertung dieser „niedrigen“ Varietät des Deutschen. Sie sehen darin offensichtlich eine Gefahr für die

Hochsprache. Aber auch die Freunde der Dialekte, der alten regionalen Varianten des Deutschen, solidarisieren sich nicht mit dem Kiezdeutschen, sondern wettern gegen die Kategorisierung als Dialekt. Tatsächlich ist diese Kategorisierung problematisch. Wenn man unter Dialekt die geographische Variante einer Sprache versteht, so ist das Kiezdeutsche kein Dialekt, sondern eher eine soziale Varietät des Deutschen. Es kommt ja nicht an einer bestimmten geographischen Stelle des deutschen Sprachraums vor, sondern findet sich überall dort, wo es eine bestimmte soziale Gruppe gibt: die Gruppe der jungen Migranten. Handelt es sich also um einen Soziolekt, um die Sprache einer bestimmten Schicht? Im Vergleich zu einem „richtigen“ Soziolekt hat die kiezdeutsche Varietät aber eine Besonderheit, die auch diesen Ausdruck als ungeeignet erscheinen lässt: Sie ist nicht die Erstsprache ihrer Sprecher, sondern deren Zweitsprache. Ein „richtiger“ Soziolekt ist die Erstsprache einer sozialen Schicht.

Im deutschen Sprachraum ist eine solche schichtspezifische Muttersprache oft identisch mit dem Dialekt, es gibt hier keine dialektal neutralen Soziolekte. Am ehesten ist noch das Berlinische, das ja kein „richtiger“ niederdeutscher Dialekt ist, ein niederdeutsch gefärbter (ick, det) Soziolekt. Aber in Ländern, wo die regionalen Varietäten verschwunden sind, wie etwa im Zentrum Frankreichs, gibt es echte Soziolekte, also zum Beispiel das von der französischen Arbeiterklasse als Muttersprache gesprochene français populaire. Kiezdeutsch ist aber niemandes Muttersprache.

Kein Kiezdeutsch im Bundestag

Es ist eine Zweitsprache, die in einer typischen Pidgin-Situation entstanden ist (Sprecher mit unvollständiger Beherrschung der dominanten Sprache ihrer Umgebung treffen aufeinander), mit strukturellen Merkmalen, wie sie die Forschung bei Pidginisierungsprozessen festgestellt hat. Die Muttersprachen (und Soziolekte) der Kiezdeutsch sprechenden jungen Menschen sind zum Beispiel Türkisch, Arabisch, Kurdisch, Albanisch, zunehmend auch Berlinisch oder gar Hochdeutsch, nämlich dann, wenn die Kinder des Bürgertums diese Sprachvariante verwenden. Gerade das Letztere, das Einnehmen eines bestimmten sprachlichen Verhaltens in bestimmten Sprechsituationen (unabhängig von der „Erstsprache“), zeigt, dass das Kiezdeutsche statt Dialekt oder Soziolekt eine Varietät ist, die man in der Soziolinguistik ein „Register“ nennt: Es ist eine Varietät für eine bestimmte Situation, die durch den mündlichen Modus der Rede, informelle Sprecherbeziehungen und alltägliche Felder der Rede (etwa Freundschaft, Freizeit, Schule) charakterisiert ist.

Man schreibt Kiezdeutsch nicht, man verwendet es nicht im Bundestag oder im Gespräch mit der Lehrerin oder bei einer Predigt in der Moschee, ebensowenig wie zum Sprechen über Physik oder über politische Verhältnisse. Dieses Register hat allerdings ein zusätzliches soziales Situierungsmerkmal: Man muss jung sein, um es zu sprechen. Das Volk also, dessen Sprechen die Linguistin so liebevoll beschreibt, ist also nicht nur volkstümlich, einfach, treuherzig und schlicht und folglich natürlich, es ist auch jung. Damit hat die romantische Linguistin sozusagen auch gleich noch den Weg in die Herzen sämtlicher Jugend-Pop-Kulturen geschafft. Die Philologen sehen demgegenüber ziemlich alt aus. Ihre Sprache ist „hoch“, geschrieben, literarisch. Wer sie spricht, hat bestenfalls kein Alter, in Wirklichkeit ist er/sie alt.

Business, Kultur und Wissenschaft sind englisch. Damit schützen sich die Jungen vor der sozialen Stigmatisierung durch das vermeintlich niedrige Deutsche.

Aber warum bleiben die Freunde der hohen, geschriebenen Sprache nicht wenigstens cool? Glauben sie wirklich, das Pidgin-Deutsche würde das Hochdeutsche verdrängen? Warum freuen sie sich nicht darüber, dass eine neue Variante des Deutschen entstanden ist? Es ist doch besser, die jungen Migranten sprechen Kiezdeutsch als gar kein Deutsch. Außerdem ist dieses Deutsch ganz zweifellos ein Weg in die Hochsprache. Von Sprechern von Kreolsprachen (also zur Erstsprache gewordenen Pidgins) wissen wir, dass sie leicht in die entsprechende Hochsprache übergehen, wenn sie die Gelegenheit dazu haben oder wenn es die gesellschaftliche Situation gebietet: Zum Beispiel gehen kreolsprachige Haitianer in Paris leicht zum Standardfranzösischen über.

Nun, einerseits ist sicher ein arroganter Dünkel im Spiel. Das kann man nachlesen in Texten des sechzehnten Jahrhunderts über die *questione della lingua*, in denen sich vor allem die Vertreter der Hochsprache Latein durch bildungsstolze Verachtung der „niedrigen“ Sprachen des Volkes hervortaten. Das hat ihnen nichts genützt: Die Volkssprachen haben gewonnen. Aber als diese dann „oben“ waren, haben sie den philologischen Dünkel gegenüber den nächstniedrigen Sprachen (den Dialekten) eingenommen. Wenn also demaleinst Kiezdeutsch den Sieg über Hochdeutsch davontragen sollte, wird es kiezdeutsche „Philologen“ geben, die dieses gegen den nächsten Nachrücker von unten verteidigen. Und wir können einigermaßen sicher sein, dass sich dann das heute noch „einfache“ Kiezdeutsch entsprechend den vielfältigen Aufgaben, die es dann hätte, kompliziert und verfeinert. Auch aus dem Kiezlateinischen Galliens, dem *sermo rusticus* der romanisierten keltischen Bauern, ist das vornehme und elaborierte Französische hervorgegangen.

Andererseits ist aber bei den „Philologen“ doch eine echte Sorge um die Sprache im Spiel, die in der Kiezsprache den Vorschein einer unerwünschten Zukunft erblickt. Aber sind die beschriebenen Strukturen so bedrohlich? Sie sind zumindest nicht unproblematisch. Nehmen wir einmal an, das Deutsche würde die Struktur „ich gehe Apotheke“ generalisieren: „ich fahre Paris“, „ich besuche Oma Altersheim“. Die Präpositionen würden also bei Ortsangaben entfallen, und das Gemeinte (zur, nach, im) müsste sich aus dem Kontext ergeben. Das ist keine Katastrophe, hier wird einfach weniger sprachlicher Aufwand getrieben. Aber der Ausdruck ohne präpositionale Ortsangaben ist durchaus nicht nur „einfacher“. Er ist es nicht für den Verstehende, der jetzt einen höheren Interpretationsaufwand betreiben muss. Und darin steckt schon eine berechtigte Frage an die Wünschbarkeit einer neuen Struktur.

Ein weiteres Motiv des philologischen Protests ist die Angst vor dem Sprachwandel. Sprachwandel ist aber der Sprache wesentlich. Sprache muss sich ständig an neue Lebenssituationen anpassen, deswegen müssen ihre Bedeutungen vage und ihre Strukturen veränderbar sein. Und jeder Sprecher schafft die Sprache ständig neu. Nur sollte uns niemand sagen, der Wandel sei „natürlich“. Der Sprachwandel betrifft die kulturelle, von den Menschen selbst gemachten Kunstregeln der Sprache. Und deswegen kann man auch gegen Änderungen kämpfen, die einem nicht passen, und man kann daran arbeiten, dass sich unwillkommene Veränderungen nicht durchsetzen. Insofern, liebe Mit-Philologen, lasst euch nicht ins Bockshorn jagen. Niemand zwingt euch, „ich gehe Schule“ zu sagen. Sprache ist auch ein Kampf zwischen verschiedenen konkurrierenden Ausdrucksweisen. Seid optimistisch, dass ihr gewinnen werdet.

Super-Philologen für die Globalisierung

Vor allem aber sollten die Philologen sich über alles freuen, was noch „deutsch“ daherkommt - und sei es kiezdeutsch. Die wirkliche Gefahr für das Deutsche kommt nämlich nicht aus dem Kiez, von unten. Schon beim Bewerbungsgespräch mit einem künftigen Arbeitgeber muss der Kiezdeutsch Sprechende zum Standard hinaufsteigen. Deswegen soll die Schule in der Tat das Kiezdeutsch als Chance begreifen, als eine Leiter hinauf zur Hochsprache. Deswegen ist das Buch der Linguistin tatsächlich ein wichtiger Beitrag zur Integration in die Sprachgemeinschaft. Die wirkliche Gefahr für das Hochdeutsche kommt doch von oben.

Ein einflussreicher Teil der deutschen Sprachgemeinschaft meint ja doch offensichtlich, dass das Deutsche eine Kiezsprache sei, beziehungsweise der Dialekt einer unbedeutenden Weltgegend und der Soziolekt einer niedrigeren Klasse. Die richtige hohe, geschriebene, gebildete Sprache für die höheren Stände und für die höchsten Redeanlässe ist diesen *ci-devant* allemal schon längst nicht mehr das Deutsche, sondern das globale Englisch.

Diese Super-Philologen nehmen daher erhebliche finanzielle und zeitliche Mühen auf sich, um sich und ihre Kinder aus der niedrigen Sprachgemeinschaft hinaus- und in die höhere hinaufzuziehen. Das sprachliche Kapital, wie Bourdieu das nannte, wird längst nicht mehr im Besitz der nationalen Prestige-Sprache akkumuliert, sondern im Besitz der Weltsprache. In den internationalen Kindergärten, in den globalesischen Schulen in den besseren Vierteln der großen Städte und in den Universities bereitet sich eine junge Elite auf die Teilnahme an der Welt-Sprachgemeinschaft und an der Weltherrschaft, Globalisierung genannt, vor.

Alles Höhere, also Business, Kultur und Wissenschaft, ist englisch. Damit schützen sich diese Jungen vor der sozialen Stigmatisierung durch das vermeintlich niedrige Deutsche. Dabei steigt dieses gerade erst durch den Auszug der Bildungselite zur Kiezsprache herab. Es wird von dieser Schicht nur noch als Kiez-Register

verwendet: im Modus der mündlichen Rede, in familiären Sprecherbeziehungen und in alltäglichen Feldern der Rede, zunehmend also nur noch mit dem Personal. Aber im Gegensatz zum Kiezdeutschen ist dieses verkiezte Deutsche nicht einmal cool, es ist nämlich kein Register für Junge. Gesprochen wird es noch mit der Oma, die kein Englisch kann (die oft aber den Exodus und die teuren Schulen finanziert).

Die Verkiezung des Deutschen, nicht Kiezdeutsch, ist die dem Deutschen gefährliche historische Dynamik. Sie ist jedenfalls das Ausstiegs-Szenario aus dem Deutschen, Kiezdeutsch dagegen ist der Einstieg. Deswegen sollten wir eher froh sein, wenn unsere Kinder Schule gehen, als wenn they go to school.

Jürgen Trabant lehrt als Professor of European Plurilingualism an der Jacobs University Bremen.

Quelle: F.A.Z.

06/08/2012 08:44 AM**A Mecca in Europe**

Why Islam Is an Integral Part of Germany

A Commentary by [Bernhard Zand](#)

German politicians have lately shown a penchant for weighing in on whether Islam belongs to Germany. A clear understanding of history, however, is often missing from the debate.

In recent days, two prominent German Christians offered up their thoughts to the country's Muslims on their search for identity. Markus Söder, the finance minister of the state of Bavaria, surprised an audience of Turkish immigrants by saying that Islam is an "integral part of Bavaria."

Then, German President Joachim Gauck told the influential weekly *Die Zeit* that he shares the intentions of his predecessor, former President Christian Wulff. Gauck slightly re-formulated Wulff's most famous sentence by saying: "The Muslims who live here belong to Germany."

That now makes five such prominent voices weighing in on the ongoing debate. Wulff, from whom Gauck has now distanced himself, was first. He said: "By now, Islam also belongs to Germany."

Interior Minister Hans-Peter Friedrich contradicted him, saying: "That Islam is part of Germany is a fact that cannot be proven by history." He said that Germany's identity has been "shaped by Christianity and the Enlightenment." Then, senior parliamentary conservative Volker Kauder maintained that "Islam is not a part of our tradition and identity."

So which is it? Who or what belongs to Germany? Islam? The Enlightenment? Muslims? Christianity?

Fundamental Lack of Education

When Konrad Adenauer, in his first major speech as chancellor in 1949, committed himself to the "spirit of Western Christian culture," not much of that culture remained. The Western world, led by Germany, had managed to destroy the achievements of centuries of humanism and the Enlightenment in just a few years.

Muslims in Germany, many of whom have immigrated from the Orient, know that; most of them have studied at German schools or universities. And it surprises them how men like Kauder, Friedrich and Gauck can so elegantly overlook the dark sides of Occident, while at the same time claiming the bright sides for themselves alone. The Western world, says Aiman Mazyek, the head of the Central Council of Muslims in Germany, stands on "Muslim, Eastern legs."

Mazyek is right, of course. The audacity of Friedrich to mix together of all things the Enlightenment with Christianity, and then to praise them as the foundation of German identity -- only to ignore their destruction just two generations ago -- is both oblivious and indicative of a fundamental lack of education.

Gauck, for his part, told *Die Zeit* that he understands those who ask: "Where then has Islam shaped Europe?" One would really like to send Germany's president to Andalusia or Mallorca, to Malta or Bosnia, on his next trip abroad. Or even on a visit to the Lübeck Theater where Mozart's "The Abduction from the Seraglio" is currently being staged.

'A Passionate Easterner'

Maybe the well-read president will open his dictionary and, just taking the first letter as an example, look into the etymology of words like "admiral," "algebra," "alcohol," or "atlas." Or he will, as the head of the Turkish Community in Germany suggested, take a "look at the history books." Sultan Mehmed II, who conquered Constantinople in 1453, established a Muslim empire that for 300 years formed changing alliances with the Anglican British and with the Catholic French -- aimed above all at defeating the Hapsburgs.

The potential insights Gauck might gain by doing so could help him gradually begin to fill in the anthropological trenches left behind by the attacks of September 11, 2001. In few countries are they as deep as in Germany. Do politicians in the US or Britain -- both of which have been hit much harder by jihadist terror -- seriously discuss whether or not Islam belongs in their countries?

But that is exactly what it is about for the majority of German Muslims -- the question as to whether they belong or whether they remain foreign. That is why they take every nuance in the German debate over Islam so personally.

Joachim Gauck probably does understand Muslims in Western Europe better than many other Germans. "The focus of my longing was the West," Gauck told *Die Zeit* about his life in communist East Germany. "But really I'm a passionate easterner."

The president shares that experience with many Muslims. At one time, their longing too was for the West, and that is why they are here. And that is why they belong to Germany.

URL:

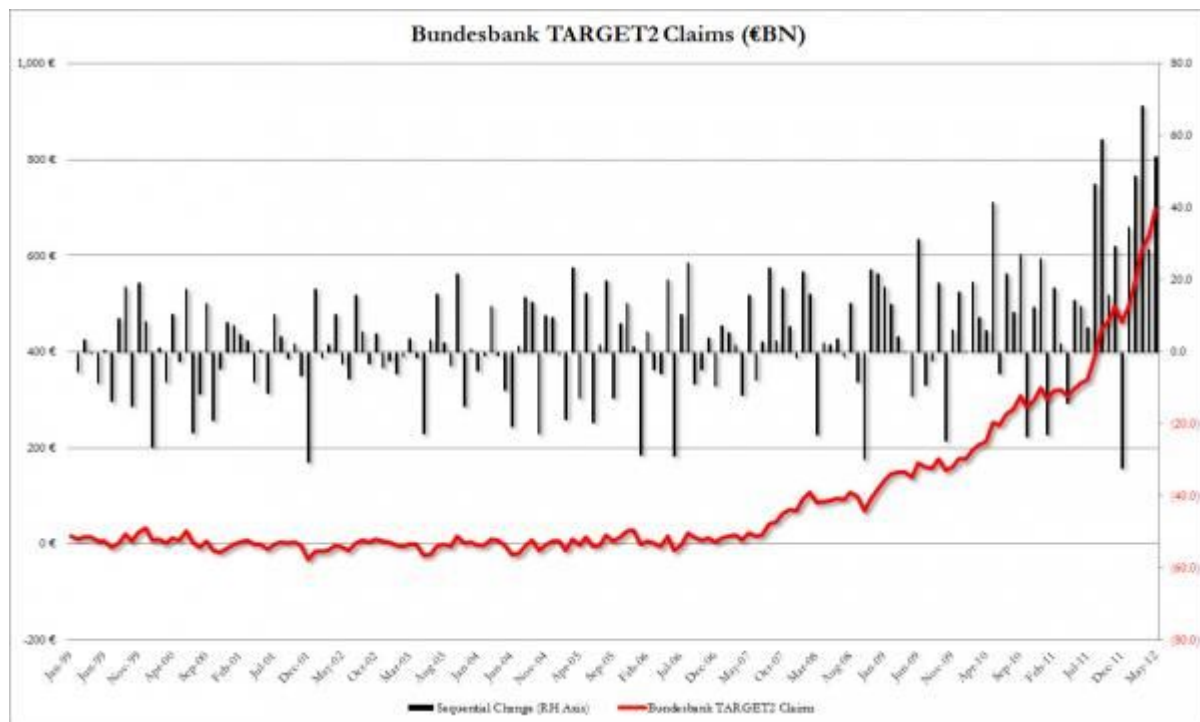
- <http://www.spiegel.de/international/germany/german-politicians-weigh-in-on-islam-s-role-in-germany-a-837563.html>

Europe's Parabolic-est: German TARGET2 Total Hits €700 Billion

Submitted by [Tyler Durden](#) on 06/08/2012 09:19 -0400

Dear German readers: please earmuff your eyes.

Everyone else: please check back in 3-6 months when the Bundesbank's (i.e. Germany) uncollectable "claims" from the Eurosystem hit €1 trillion, following the May increase of €54.4 billion, the third highest monthly increase on record, bringing the total of just shy of [€700 billion](#).



The debt crisis

The scorecard, part three

Jun 8th 2012, 17:12 by Buttonwood

A WEAK economy causes government finances to deteriorate, but then as a government goes into deficit, automatic stabilisers (eg, unemployment benefits) are supposed to kick in to support output. Governments may add deliberate stimulus measures on top. So I thought it would be interesting to have an (unscientific) look at how the two relate, using the OECD figures.

Here are the cumulative GDP changes from 2008 through 2012 (using the OECD estimate for this year) and the change in the government financial balance over the same period.

	Cuml GDP ch (%)	Cuml deficit (% of GDP)
Germany	+ 3.4	9.5
US	+ 3.2	46.9
France	+ 0.6	27.8
Spain	- 3.8	38.9
Portugal	- 6.2	32.5
Italy	- 6.1	18.1
Greece	- 17.8	52.8
Ireland	- 9.0	73.9
Euro area	- 1.0	21.8
Britain	- 2.0	42.1
Japan	- 1.1	38.5
OECD ave	+ 2.8	30.6

At the extremes, we see what we might have expected. The second biggest rise in deficit was in Greece, which has also seen the biggest fall in GDP; Germany has had the smallest deficit, and the best GDP performance. But it is a far from uniform picture in the middle. The US has seen the second biggest cumulative deficit but the second *best* GDP growth. Italy has the fourth worst decline in GDP, but the second smallest rise in deficits.

We can attempt to disentangle the effect of deliberate government policy by looking at the cyclically-adjusted financial balances (ie, numbers that allow for the recessionary effects on spending and taxes). So here are data for the same countries on that basis. A caveat here - the figures are as a proportion of potential GDP, not actual GDP (so don't necessarily square with the numbers in the above table) and are taken from the IMF.

	Cuml GDP ch (%)	Cum cycl def (% of GDP)
Germany	+ 3.4	7.8

US	+ 3.2	33.4
France	+ 0.6	20.8
Spain	- 3.8	33.4
Portugal	- 6.2	26.3
Italy	- 6.1	12.4
Greece	- 17.8	51.1
Ireland	- 9.0	46.8
Euro area	- 1.0	17.5
Britain	- 2.0	35.7
Japan	- 1.1	35.7
OECD ave	+ 2.8	25.9

The US deficit numbers look less extreme on this basis, and have delivered, you could say, a lot more bang for the buck than similar deficits in Britain or Japan. But this is still a very rough-and-ready calculation; fiscal stimulus depends on the change in the balance from one year to another, and may only work with a lag. So here is one further scorecard. There are 12 countries, or groups of countries, above; we can rank them in quartiles by the change in the cyclically-adjusted balance and then the change in GDP in the same or following year. (ie what effect did have a bigger/smaller deficit in 2010 have on output in 2010 or 2011?) Did stimulus or austerity have the predictable effect?

	Same year GDP %	Next year %
Loosest policy	0.0	-1.1
Second quartile	-0.4	0
Third quartile	-0.8	-0.3
Tightest policy	-1.5	-2.1

Now there is a bit of double-counting in here (because we have individual countries, as well as Euro area and OECD averages) so this is not to be taken too seriously. But in the same year numbers, you can definitely see the effect Keynesians would predict. The picture is not quite as clear for the subsequent year (oddly, because I would have expected the lagged effect to be greater) but the tightest policy stances did result in the worst outcomes.

Spaniens Stolz

FAZ 08.06.2012 · Mit allen Mitteln will das stolze Spanien das Unvermeidliche vermeiden: die Hilfe von Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds. Stattdessen will das Land seine Schulden vergemeinschaften. Doch das darf die Europäische Union nicht zulassen. Der Kommentar.

Von [Holger Steltzner](#)



© REUTERS Eine Flagge über der Bank von Spanien.

Mit allen Mitteln will das stolze Spanien das Unvermeidliche vermeiden. Viel zu zögerlich nahmen sich die Regierungen in Madrid den wankenden Banken an. Dabei sitzen nicht nur Sparkassen nach der geplatzten Preisblase am Häusermarkt auf einem riesigen Berg fauler Kredite, der [das ganze Land unter sich zu begraben droht](#).

Je stärker sich Ministerpräsident Rajoy gegen Hilfe des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union stemmt, desto weniger kann er die Konsequenzen aus der Hilfe seinem Vorgänger anlasten - und dessen fahrlässigem Umgang mit der Krise. Dessen Regierung hatte erst zugelassen, dass sich die Spekulation mit Immobilien in Spanien zu einer Art Volkssport entwickelte. Und selbst dann noch das Desaster geleugnet, als internationale Investoren längst die Flucht ergriffen hatten.

Auch wenn es [an diesem Wochenende noch nicht so weit zu sein scheint](#), so dürfte Spanien früher oder später doch einen Antrag auf Hilfe stellen, einfach weil die Last der faulen Kredite zu groß ist. Das ist keine Schande. Beschämend aber ist, dass Spanien für sich andere Regeln als für Irland fordert. Als auf der grünen Insel vor anderthalb Jahren die Spekulationsblase platzte, sich die Hauspreise halbierten und das Land Hilfe in Anspruch nehmen musste, klagten die Iren nicht, sondern passten beherzt ihre Wirtschaftsstrukturen an und akzeptierten das Selbstverständliche, dass nämlich sie für ihre Schulden verantwortlich sind. Die Spanier hingegen möchten die Kosten für ihre kollektive Spekulation von anderen begleichen lassen.

Spanien will um jeden Preis eine Vergemeinschaftung der Schulden erzwingen

Um jeden Preis (Eurobonds, ESM-Bankenrettung, Bankenunion oder gemeinsame Haftung für Bankeinlagen) will Spanien zusammen mit Frankreich und Italien (warum wohl?) eine vertragswidrige Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone erzwingen. Jetzt bringt Madrid eine „[weiche Rettung](#)“ ins Spiel, um das griechisch-irisch-portugiesische Stigma der Hilfe mit Auflagen zu vermeiden.

Doch was brächte es, Kredite weiterzureichen? Davon bekommen auch spanische Banken bei der EZB mehr als genug. Was ihnen fehlt, ist Kapital. Die Gemeinschaft darf aus grundsätzlichen Erwägungen nicht einlenken. In der Währungsunion müssen für alle dieselben Regeln gelten. Es darf keine Mitglieder erster und zweiter Klasse geben, sortiert nach Größe des Landes oder Stolz seiner Bewohner.

Quelle: F.A.Z.

Necessity, Not Inclination, Nudges Europeans Closer Fiscally and Politically

By [STEVEN ERLANGER](#)

PARIS — Chancellor [Angela Merkel](#) of Germany, with the euro under renewed pressure from Spanish banks and the coming Greek election, said on Thursday that the answer is “more Europe,” with moves “step by step” toward a fiscal and political union of countries using the euro.

But how much more Europe does Europe want?

As much as greater integration may be the ultimate answer for the structural flaws in the euro zone, it is not a given. The issue was brought into sharp relief this week when Spanish officials [rejected any hint of intrusion](#) by Europe into their budgetary powers in exchange for helping the country’s banks.

Further union implies more sacrifice of national sovereignty than leaders of many countries want — let alone their voters, who have an increasingly low opinion in general of “Brussels” and of its largely faceless and unelected technocrats.

The concern over sovereignty extends to countries outside the euro zone, like Prime Minister David Cameron’s euro-phobic Britain. But perhaps the most important country after Germany in all this is France, a presidential republic with strong central authority. How it comes down on the question may ultimately prove decisive.

France’s new Socialist president, François Hollande, is considered very much a “European,” a spiritual son of his mentor, Jacques Delors, a strong European federalist who is considered the best president the European Commission has had. But Mr. Hollande has a group of powerful euro-skeptics in his party and government, and his own stance will depend to some degree, analysts say, on the results of France’s legislative elections, June 10 and June 17.

If the Socialists do well and get a working majority in the National Assembly in alliance with federalist parties of the left, it will be easier for Mr. Hollande to join Ms. Merkel in a practical push for more fiscal and political convergence. But if the Socialists also need the support of more anti-Europe parties further to the left, the future will be muddier.

“He was raised on Delors’s knee and for him, ‘European Commission’ are not dirty words,” said François Heisbourg of the [Foundation for Strategic Research](#). “He won’t be shocked by Merkel moving toward the ‘community method.’ But what will be the substance? Nothing is really defined.

“The basic issue is political,” Mr. Heisbourg continued, “and is anyone ready to stand behind the pulpit and say to voters, ‘You don’t want federalism, you voted against it, it’s less and less popular, but you’re going to get more of it and this is what has to be done’?”

Jean Quatremer, Brussels correspondent for the newspaper *Libération*, said that Mr. Hollande was “a real European,” but those around him less so, and that the results of the legislative elections would be crucial. “Today there is a government more federalist than the one of Nicolas Sarkozy, but it’s necessary to see the proof and the details.”

The French Fifth Republic is quasi-monarchical and centralized, quite different from a German federalism and coalition government. While “Merkozy” was supposedly running the [European Union](#), Ms. Merkel would always be careful to speak to her legislators before meeting Mr. Sarkozy, while he did as he pleased, and told his party about it afterward, sometimes. The Germans, occupied after [World War II](#), are accustomed to limited sovereignty and still see the European Union (and NATO) as welcome restrictions on their power and free will.

Though Mr. Sarkozy often gave in to the more powerful Germany, he resisted too much Brussels influence, holding to the traditional French idea of a Gaullist Europe, directed and controlled by nation-states and not by the unelected European Commission or the European Parliament.

“So can the most structurally sovereigntist country in the euro zone, France, agree on the abandonment of sovereignty that Merkel is right to insist on?” asked Justin Vaïsse, a French scholar at the Brookings Institution. “Common debt liability in some form needs to be accompanied by greater political and economic integration; that’s just logical,” he said.

Mr. Hollande’s convictions push him that way, but he will not have the three-fifths majority in Parliament he needs for constitutional change, Mr. Vaïsse said, while “the right will harden its stance, talking about no abandonment of sovereignty and no ‘sellout to Berlin.’ ”

Nonetheless, Mr. Hollande will be at his most powerful in the first two years of his five-year term, all agree. And he is pushing for more European solidarity from Berlin.

Still, Ms. Merkel and her team are worried about Mr. Hollande’s commitment to reducing the French budget deficit and to carrying out domestic structural reform, said Charles Grant, head of the [Center for European Reform](#), who was just in Berlin.

Even *Le Monde* on Thursday criticized Mr. Hollande for continuing vagueness about his economic plans for France, especially on how he intends to get the budget deficit down to 3 percent of gross domestic product next year, as he has promised.

The Germans are looking for a sort of “grand bargain” with Mr. Hollande, Mr. Grant said: French commitment to domestic reform and fiscal discipline in return for Berlin’s accepting the beginning of a European banking system, a “growth pact” and a discussion of collectivized debt — and as important, “shifting the policy mix on austerity to be a little less austere,” he said.

That could mean a willingness to renegotiate the bailout agreement with any credible new Greek government and to give Greece, Spain, Portugal and other troubled economies, all trying to cut deficits amid a recession, more time to reach fiscal targets.

As usual, there are few details about what Ms. Merkel means by union, though German officials have suggested closer euro zone coordination of labor market rules, pensions and corporate taxes. The measures the European Union is working on for its summit meeting at the end of June are important but incremental, having to do mostly with more unified regulation of banks and a Europe-wide system of bank deposit guarantees, to reduce the risk of bank runs from countries like Greece and Spain.

The Germans are also working on a package of structural changes, devised to promote economic activity without incurring new debt, to go along with the fiscal discipline embodied in the fiscal treaty the European Union voted to accept last December and which is undergoing ratification. Berlin also supports the French idea of shifting some European Union financing to specific investments in crucial countries to produce growth, as well as pumping up the [European Investment Bank](#) and exploring “project bonds” for private investment to create jobs.

But there are also suggestions that Berlin is thinking more boldly. There is renewed discussion, not of unlimited “euro bonds,” which Berlin says European treaties ban, but of a form of collectivized debt. This might ease the debt woes of countries like Spain and Italy.

Mr. Cameron, who has called for Europe to move urgently to fix the euro zone, was in Berlin on Thursday; he and Ms. Merkel had a town-hall-style discussion with international students. Ms. Merkel, sometimes teasing Mr. Cameron over his resistance to more European unity, suggested the election of a European president by all European voters. “I don’t think David is so keen on this,” she said.

But she mused about the need to create a European democratic public rather than purely national constituencies, and a “public European identity.” She said that workers should be able to move freely through the European Union, just as students do.

“We need to develop Europe’s market as a common market,” she said. “Then a generation will grow up with a very different idea of how their lives can be lived.”

Nicholas Kulish and Melissa Eddy contributed reporting from Berlin.

Guest Post: **Why You Should Be Excited About National Bankruptcy**



Submitted by [Tyler Durden](#) on 06/07/2012 12:28 -0400

Submitted by Simon Black of [Sovereign Man blog](#).

One of the great absurdities of our modern financial system is that a nation living within its means, i.e. spending less than what it confiscates in tax revenue, is no longer the norm.

Living within your means is now considered ‘austerity’. And unfair.

Whether in the UK, Europe, or North America, many voters have become so accustomed to the government’s massive role in the economy, they can’t begin to imagine how it could be scaled back.

You usually hear heavy objections from people like– “What about roads? If we start cutting budgets, there would be no more roads!”

The ‘road argument’ is one of the most widely misused defenses of government... as if there are no private roads in the world.

Chile comes to mind as a great example– the country’s very modern toll-based highway system is privatized, and the operators have a huge profit incentive to keep the roads in top condition.

In fact, the 2 1/2 hour ride from Santiago to our farm is along one of these roads, and it’s smooth sailing the whole way.

A few years ago when Chile had its major earthquake, portions of the highway system were damaged. This meant that the operators were missing out on toll revenue... so they found a solution and were back up and running in a matter of days.

It was amazing how fast they were able to pull it off when so much of their profit was at stake.

When you think about it, just about everything that government provides either is already, or could be, provided by the private sector. That there is presently a private vessel docked at the International Space Station in Low Earth Orbit is the finest testament to this concept.

SpaceX has twice succeeded in launching a vessel into space in its 10-year history with a total of just \$1 billion in funding, averaging to \$100 million each year... roughly 5.6% of NASA’s massive budget.

Then there are things like the court system... where the wheels of injustice grind away at such a pedestrian pace that it can take years for a case to even be heard, let alone resolved.

Enter 21st century technology: there’s a relatively new service called Judge.Me, an online arbitration service whose decisions are legally binding in 146 countries, from Afghanistan to Zimbabwe... and yes, including the US, Canada, and Western Europe.

At just \$299, disputes can be settled in a matter of days, and the firm’s case history shows that 96% of all arbitration awards have been honored.

This is the sort of thing that makes me very excited– the private sector displacing the public sector. And there’s going to be a lot more of it coming.

The more insolvent governments become, the more they're going to be forced to axe all the things they can't afford. We're already starting to see this in places from California to England that can no longer hide from their fiscal reality.

With the government monopoly out of the way, the private sector will mop up every service that it can turn a profit on— trash collection, security, fire, prisons, libraries, etc. This forces competition, higher quality service, and lower prices for everyone.

The people who protest against austerity, or think it's a tragedy when a courthouse closes down due to budget constraints, are really missing the larger point: the sooner this corrupt house of cards collapses, the better off we'll all be.

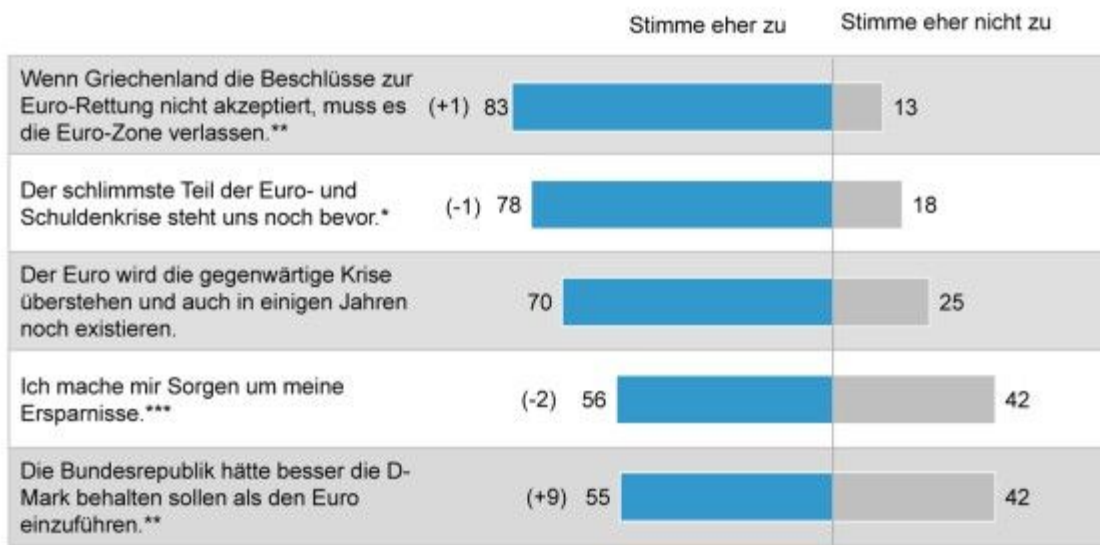
Deutschlandtrend

Jeder zweite Deutsche will die D-Mark zurück

Mehr als die Hälfte der Deutschen ist der Meinung, dass Deutschland besser die D-Mark behalten hätte. Und fast 80 Prozent fürchten, dass der schlimmste Teil der Krise erst noch kommt.

ARD-DeutschlandTREND: Juni 2012

Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise



Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Ansichten zur Euro- und Schuldenkrise und Sie sagen mir bitte, ob Sie ihnen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Wegen der Unsicherheiten in Griechenland und der akuten Schuldenkrise Spaniens wächst in Deutschland die Unzufriedenheit mit dem Euro. Eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent der Bürger ist nun der Auffassung, die Bundesrepublik hätte besser die D-Mark behalten. Das sind neun Prozentpunkte mehr als im November, wie der aktuelle Deutschlandtrend von Infratest Dimap für die ARD-Tagesthemen und "Welt Online" ergab.

Fast ebenso viele Befragte (53 Prozent) sehen in der Gemeinschaftswährung inzwischen auch eher persönliche Nachteile. Dieser Wert ist binnen Jahresfrist um drei Punkte gestiegen. Für nur noch 38 Prozent überwiegen die Vorteile.

Insgesamt sind jetzt 78 Prozent der Deutschen beunruhigt und glauben, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht. Acht von zehn sind überzeugt, dass diese auch Auswirkungen auf eigens Einkommen und Vermögen haben wird, mehr als jeder Vierte fürchtet deutliche Einbußen. 56 Prozent sorgen sich konkret um ihre Ersparnisse.

Gleichwohl sind die meisten nach wie vor davon überzeugt, dass die Probleme zu meistern sind. Sieben von zehn Befragten glauben, dass die Gemeinschaftswährung überstehen wird und in einigen Jahren noch existiert.

07. Juni 2012, 12:59 Uhr**Euro-Krise**

Bis Deutschland die Nerven verliert

Eine Kolumne von Jan Fleischhauer

Schon der Euro zielte aus französischer Sicht darauf, die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands zu schwächen. Unter François Hollande nehmen die Franzosen mit neuem Elan ihr altes Projekt wieder auf.

Eine Meldung vom Wochenende: [Die französische Regierung hat beschlossen, das Rentenalter ihrer Bürger auf 60 Jahre zu senken](#). Kein Franzose soll mehr länger arbeiten müssen, nur weil es die Finanzlage des Landes erzwingt - in keinem Fall aber so lange wie sein armer Verwandter in Deutschland, der sich auf Geheiß seiner Regierung bis zum 67. Lebensjahr mühen und plagen muss.

Gesegnetes Frankreich, kann man nur sagen, wo die mitleidlosen Gesetze der Ökonomie unter der ewigen Sonne des Sozialismus ihren Schrecken verlieren. Auch die Grande Nation setzt zu wenig Kinder in die Welt, um den Wohlstand seiner Bewohner bis ins hohe Alter zu sichern. Aber was andernorts als gravierendes demografisches Problem gilt, das von allen mehr Einsatz und Fleiß verlangt, sind dort Misshelligkeiten, die sich per Federstrich beseitigen lassen, wenn der starke Arm des Präsidenten es will.

Na gut, ganz so einfach ist es auch für den frisch gewählten republikanischen Sonnenkönig [François Hollande](#) und seinen Mitstreiter nicht, wenn sie ehrlich sind. So viel verstehen sie dann doch von Ökonomie, dass man die Probleme nicht erledigt, in dem man sie verschiebt. Aber zum Glück gibt es ja immer noch die Deutschen, auf deren Anstrengungsbereitschaft man sich auch im Elysée-Palast verlassen kann. So schließt sich der Kreis.

Jeder ist sich selbst der Nächste

In der [Euro-Krise](#) sind wir jetzt in der Phase angelangt, wo jeder versucht, auf Kosten der anderen seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wenn Hollande sich dafür einsetzt, dass die Gemeinschaft [den Spaniern ihre Banken saniert](#), ohne sich in deren Geschäfte einzumischen, hat er dabei weniger das Wohlergehen der spanischen Nation im Auge als vielmehr das der eigenen. Ist das Prinzip einmal durchbrochen, wonach es Hilfsgelder nur gegen Aufsicht von außen gibt, hat man eine schöne Versicherungspolice gegen die Wechselfälle des freien Wirtschaftslebens in der Hand. Die nächsten Banken, die sich dann direkt mit frischem Geld aus Brüssel versorgen können (und mutmaßlich auch werden), sind die in Paris.

[Der kluge Franz Müntefering hat seine Partei gerade ermahnt](#), nicht zu laut das Lied Hollandes zu singen, nachdem SPD-Chef [Sigmar Gabriel](#) den französischen Präsidenten schon einen Freund nannte. Der alte Fuchs erkennt, wenn er jemanden vor sich hat, der nur auf eigene Rechnung arbeitet. Tatsächlich gehen die meisten Vorschläge des neuen Staatsoberhauptes zu Lasten anderer, allen Beschwörungen der europäischen Solidarität zum Trotz. Irgendjemand muss ja für die Sozialprogramme bürgen, die die französische Regierung ausheckt. Warum nicht die Nation, die nach übereinstimmender Meinung als besonders strebsam und verlässlich gilt?

Die ausländischen Kreditgeber, die Hollande für seine Politik der gebenden Hand braucht, rechnen anders als die heimischen Wähler. Sie sorgen sich, ob sie ihr Geld jemals wiedersehen werden und verlangen entsprechende Risikoaufschläge. Ein Weg, zu günstigen Konditionen an frisches Kapital zu kommen, führt über die Spareinlagen der Deutschen. Deshalb auch die Hartnäckigkeit, mit der die französische Regierung für Euro-Bonds und neuerdings Bankenunion ficht.

Der andere wäre, dass die Franzosen härter arbeiten, aber das will ihn ihr Präsident lieber nicht zumuten.

Angst vor der deutschen Hegemonie

Die Angst vor der deutschen Hegemonie über Europa war schon immer eine Obsession französischer Außenpolitik - und der Euro das Mittel zur Prävention derselben. François Mitterrand hatte seine Zustimmung zur deutschen Einheit bekanntlich von der Einwilligung Helmut Kohls zur Währungsunion abhängig gemacht.

So gesehen erfüllt sich mit der Vergemeinschaftung der europäischen Schulden nun ein Projekt, das aus französischer Sicht schon immer eher gegen Deutschland gerichtet war als auf die Einigung des Kontinents. [Nicolas Sarkozy](#) glaubte dem alten Ziel am besten zu dienen, indem er den Schulterschluss mit der deutschen Kanzlerin suchte. Hollande kehrt zu dem bewährten Prinzip zurück, die Deutschen zu schwächen, indem er ihre wirtschaftliche Stärke unterminiert.

Die nächste Stufe in der Krise wird die der offenen Erpressung sein. [Die Spanier sind kurz davor, mit ihrer Weigerung, sich unter den Rettungsschirm zu begeben, das ganze System zu sprengen.](#) Sie spekulieren offenkundig darauf, dass die Deutschen die Nerven verlieren und ihnen ihre Banken sanieren, ohne dafür irgendeine Garantie zu verlangen, dass sich die Dinge dauerhaft zum Besseren wenden.

Der Preis für den Austritt aus dem Euro

Die nächsten, die die Standfestigkeit der europäischen Geberländer testen werden, sind die Griechen. Ich stand neulich zufällig neben dem Außenminister eines uns sehr freundlich gesonnenen Landes. Wenn ich den Mann richtig verstanden habe, dann rechnet er fest damit, dass die Griechen nach den Neuwahlen darüber verhandeln werden, was den anderen ein Austritt Griechenlands aus dem Euro wert ist. Sie selber haben nicht mehr viel zu verlieren, die Nachbarn, allen voran die Deutschen, aber noch sehr viel. An dieser Diskrepanz wird sich der Preis bemessen.

Es war immer eine deutsche Erwartung, in einem geeinten Europa würden die nationalen Interessen in den Hintergrund treten und schließlich ganz an Bedeutung verlieren; man erkennt in dieser Hoffnung das Erbe der politischen Romantik. Nur außenpolitische Einfaltspinsel können annehmen, dass man in Madrid, Rom oder Paris auch wirklich Europa meint, wenn man dort von Europa redet.

Wie man sieht, hält sich diese Form der Schwarmgeisterei hierzulande allerdings hartnäckig - sogar bis in die Spitze der SPD.

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/euro-krise-a-837524.html>

A Game Of Euro Chicken From The German Perspective: "Playing Until the Germans Lose Their Nerve"

Submitted by [Tyler Durden](#) on 06/08/2012 12:23 -0400

The following editorial from [Spiegel](#) has to be reposted in its entirety because it really captures the current situation, from a German perspective, clearly, concisely and completely. It also frames quite closely what we said 11 months ago in "[The Fatal Flaw In Europe's "Bazooka" Bailout: 82 Million Soon To Be Very Angry Germans, Or How Euro Bailout #2 Could Cost Up To 56% Of German GDP](#)"

Playing Until the Germans Lose Their Nerve

A commentary by Jan Fleischhauer



For Germany, being part of the European Union has always included an element of blackmail. France has been playing this card from the beginning, but now the Spanish and the Greeks have mastered the game. They're banking on Berlin losing its nerve.

France's newly elected Socialist government has just decided to lower the retirement age to 60. From now on, no Frenchman will be forced to work any longer just because it might help kick-start the country's flagging economy. And there's no way the French are going to work as long as their poor fellow Europeans in Germany, whose government is obliging them to labor and toil until age 67.

Blessed France, where the ruthless laws of the economy lose their ability to frighten people bathing in the eternal sunlight of socialism. Granted, this grand nation doesn't produce enough children to guarantee the prosperity of its inhabitants into old age. But in France, something that would elsewhere be viewed as a serious demographic problem demanding tough attention is seen as a mere misunderstanding that the strong arm of the president can simply dispel with the stoke of a pen, should he so desire.

OK, things aren't quite that easy, even for François Hollande, the freshly minted sun king of France's Fifth Republic, and his fellow brothers-in-arms. At least they understand enough to know that economic problems can't be solved by merely kicking them down the road. **But, luckily enough, those in the Elysée Palace can also still rely on the willingness of the Germans to work hard. And it's there that we come full circle.**

Splitting the Bill

We've now reached a phase in the euro crisis when everyone is trying to feather their own nest at someone else's expense. Hollande is campaigning to have the European Union help the Spanish rehabilitate their banks without involving itself in their business dealings. But, in doing so, he's much less focused on Spain's well-being than on France's. Once the principle stating that countries can only receive financial assistance in return for allowing external oversight has been contravened, one is left with nothing more than a pretty piece of paper to insure against the vicissitudes of economic life. And, of course, the next banks that will then be able to (and presumably also will) get a fresh injection of cash straight from Brussels are the ones in Paris.

Sigmar Gabriel, the head of Germany's center-left Social Democratic Party (SPD), has already called Hollande a friend. But Franz Müntefering, the wise party elder, has just warned his party colleagues not to sing the French president's praises too loudly. The old fox knows when he's standing face to face with someone who only has his own interests in mind. Indeed, despite all his calls for European solidarity, most of Hollande's proposals are ones that others will have to pay for. Someone is obviously going to have to be responsible for all the social programs the French government is concocting. **And why not the nation whose people are viewed as particularly hardworking and dependable by an overwhelming majority of the people surveyed in a [recent poll](#)?**

Hollande's policies depend on foreign creditors being willing to lend him the necessary funding, but their read on things differs from that of the domestic electorate. Since they're worried about whether they'll ever see their money again, they're demanding higher risk premiums. However, another path to fresh capital with cheap

conditions leads to the savings of Germans -- which also explains why the French government has been so badger-like in its championing of euro bonds and, more recently, a banking union.

Then again, there's always another option: having the French work harder. But Hollande would prefer not to ask that much of his countrymen.

Fears of German Hegemony

French foreign policy has always been plagued by an obsessive fear of German hegemony over Europe -- and the euro was supposed to be the way to prevent it. It's well-known that French President François Mitterrand made his approval of German reunification contingent on German Chancellor Helmut Kohl's acceptance of the common currency.

Seen in this light, the process of communalizing the debt of the EU's members states brings to full circle a project that the French have always viewed as something directed more against Germany than at uniting the Continent. Nicolas Sarkozy, Hollande's predecessor, believed that the best way to pursue this traditional goal was by using the novel approach of fostering a sense of solidarity with German Chancellor Angela Merkel. But Hollande is returning to the tried-and-true method of weakening the Germans by undermining their economic strength.

The next stage in the crisis will be blatant blackmail. With their [refusal to accept money](#) from the bailout fund to recapitalize their banks, the Spanish are not far from causing the entire system to explode. **They clearly figure that the Germans will lose their nerve and agree to rehabilitate their banks for them without demanding any guarantee in return that things will take a lasting turn for the better.**

Playing Hardball Among Supposed Friends

The next test of the resolution of Europe's donor nations will come from the Greeks. As chance would have it, I was recently standing next to the foreign minister of a country that is inclined to be friendly with Germany. If I understood him correctly, he said he firmly expects that, after the election on June 17, the Greeks will bargain with the other EU countries to see what it's worth to them to see Greece abandon the euro. The Greeks no longer have much to lose; but their EU neighbors -- and particularly the Germans -- still do. This discrepancy will determine the price to be paid.

Germans have always expected that being part of a united Europe meant that national interests would recede into the background until they eventually lost all significance. One recognizes in this hope the legacy of political romanticism. **Indeed, only political simpletons assume that when people in Madrid, Rome or Paris talk about Europe, they really mean the European Union.**

But, as one can see, it's hard to liberate Germans from this particular form of herd mentality -- even when they're the leaders of the SPD.

- wirtschaft
- **Euro-Bonds für die Zukunft Europas Wie Deutschland und Frankreich den Euro retten könnten**
- 06.06.2012, 19:25
- *Ein Kommentar von Stefan Ulrich*
- Frankreich sieht die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen als Krönung seiner Europapolitik. Bisher wehrt sich die Kanzlerin, doch wenn sich die Krise weiter zuspitzt, stehen die Deutschen bald vor der Entscheidung: Entweder sie schlucken die Euro-Bonds - oder der Euro stirbt. Wenn die Währung gerettet werden soll, müssen beide Staaten Kompromisse eingehen - und ihre kostbarsten Schätze einbringen.
- Ein unheimliches Geschöpf klopft seit Wochen an die Tür des Kanzleramts. Sein Name ist Bond, Euro-Bond, und seine Botschaft lautet: Alle Euro-Staaten sollen gemeinsam für ihre Schulden haften, also auch Deutschland für Italien oder Griechenland. Zunächst mochte [Angela Merkel](#) hoffen, der Spuk werde bald verschwinden, womöglich schon nach den französischen Parlamentswahlen an den kommenden beiden Sonntagen. Denn dann, so die Hoffnung, müsse der neue Präsident [François Hollande](#) seine Wähler nicht mehr mit Muskelspielen gegenüber der Kanzlerin beeindrucken.
- Doch so leicht wird die Bundesregierung die [Euro-Bonds](#) nicht los. Schon fordert sie auch Italiens Premier Mario Monti. Falls die Griechen bei ihrer Parlamentswahl in anderthalb Wochen gegen Europas Sparauflagen stimmen, die spanische Bankenkrise eskaliert und die Menschen in Spar- und Schrumpfländern auf die Barrikaden steigen, dann könnten die Deutschen bald vor der Alternative stehen: Entweder sie schlucken die [Euro-Bonds](#) - oder der Euro stirbt.
- Für Frankreich wäre die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen eine Krönung seiner Europapolitik. Seit den Anfängen der europäischen Einigung war es ein Hauptziel dieser Politik, die deutsche Wirtschaftskraft zu kontrollieren und so den gefährlichen Nachbarn zu bändigen. Bald nach dem Zweiten Weltkrieg lancierten die Franzosen daher die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Später machte sich Frankreich für eine gemeinsame Industriepolitik und eine europäische Wirtschaftsregierung stark. Der Wiedervereinigung stimmte es zu, weil Deutschland seine D-Mark in den Euro einbrachte. Euro-Bonds wären der logische Abschluss dieser Strategie.
- Zugleich leidet die französische EU-Politik aber an einem scharfen Widerspruch. Paris will die deutsche Wirtschaftskraft in Europa sozialisieren, ohne französische Souveränität an Europa zu verlieren. Der französische Widerstand gegen ein föderales, bundesstaatliches Europa zieht sich als roter Faden durch die Nachkriegspolitik: 1952 scheiterte das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an der Nationalversammlung in Paris. Später wehrten sich die französischen Regierungen gegen Mehrheitsentscheidungen im Brüsseler Ministerrat und gegen mehr Einfluss für das Europäische Parlament.
- 2005 kippten die Franzosen per Referendum Europas Verfassungsvertrag. Und im Präsidentschaftswahlkampf dieses Jahres war mehr von der Grandeur Frankreichs als vom gemeinsamen Europa die Rede. Frankreich betrachtet Europa weniger als Ziel denn als Zweck, als eine Art Podest, auf das es sich stellt, um seine Größe in der Welt zu bewahren.
- Euro-Bonds zur Finanzierung der Staatsschulden ohne eine stärkere Einigung und Demokratisierung Europas aber darf es nicht geben. Wieso sollen die Deutschen für Schulden anderer Staaten haften, wenn sie nicht über deren Budget-, Wirtschafts- und Strukturpolitik mitbestimmen können? Zugespitzt formuliert: Wenn die Franzosen ihre Arbeitswoche nach 35 Stunden beenden, mit 60 Jahren in Rente gehen und Zehntausende neue Beamte einstellen, müssen dann die Deutschen für daraus folgende Defizite einstehen? Weder das Bundesverfassungsgericht noch die deutschen Wähler würden dem zustimmen.
- **Die beiden stärksten Staaten müssen ihre kostbarsten Schätze einbringen**
- Nun kann es aber geschehen, dass der Euro langfristig nur durch [Euro-Bonds](#) zu sichern ist. Daher muss schleunigst eine grundsätzliche Reformdebatte in der EU beginnen, die über Budget- und Wirtschaftsfragen hinausgeht. Die derzeitige Struktur mit geschwächten Brüsseler Institutionen und starken Regierungen der Mitgliedstaaten, die in endlosen Gipfelnächten nach Auswegen aus der Krise ringen, kann keinen Bestand haben.

- Wenn Europa, wie die USA, Bundesanleihen ausgeben soll, muss es zum Bundesstaat werden. Hierzu gehören ein europäischer Finanzminister, ein gemeinsames Parlament, das die Budgets kontrolliert, und ein direkt gewählter Kommissionspräsident, der die Einheit des Kontinents verkörpert. Nur so werden sich die Bürger weiter mit Europa identifizieren.
- Utopie? Der Lauf der Geschichte hat immer wieder Projekte ermöglicht, die kurz davor undenkbar erschienen. Kaum einer hätte Mitte der achtziger Jahre an die EU-Osterweiterung geglaubt. Sie kam dennoch. Ähnliches könnte mit einem europäischen Bundesstaat geschehen. Dafür müsste sich besonders Frankreich bewegen und akzeptieren, dass es viel mehr von seiner Souveränität abgeben muss. Grandeur ist in der Welt von morgen ohnehin nicht mehr als Nationalstaat, sondern nur noch als Europa zu erlangen.
- Die Bundesregierung hingegen tut gut daran, die französischen Euro-Bonds-Vorstöße nicht mit einem schroffen "Nein", sondern mit einem ernsten "Ja, aber" zu beantworten. So kann sie Frankreich dazu zwingen, sich seinem europapolitischen Widerspruch zu stellen und auf die Frage zu antworten, was für ein Europa es eigentlich will.
- Wenn der Euro und das historisch beispiellose Projekt vom geeinten Europa gerettet werden sollen, müssen seine beiden stärksten Staaten ihre kostbarsten Schätze einbringen: Deutschland sein Geld und Frankreich seine Souveränität.
- URL:
- <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/euro-bonds-fuer-die-zukunft-europas-wie-deutschland-und-frankreich-den-euro-retten-koennten-1.1375426>
- Copyright:
- Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH
- Quelle:
- (SZ vom 06.06.2012/fran)
- WSJ [REVIEW & OUTLOOK](#)
- June 6, 2012, 4:00 p.m. ET

Hollande's First Step Backward

Lowering the retirement age puts France closer to another downgrade.

French President François Hollande made good Wednesday on his campaign pledge to lower France's minimum retirement age to 60 from 62. The 2010 law that lifted the retirement age was Nicolas Sarkozy's most important domestic-policy achievement, and it was sold as a way to keep France's public spending under control amid the Continent's then-burgeoning debt crisis.

That was more than a year before France lost its triple-A credit rating and moved squarely into the "at risk" camp. What a difference an election makes.

Mr. Hollande's proposal would restore the retirement age to 60 for people who have contributed to the pension system for 41 years, meaning they entered the labor force at age 18 or 19. Mothers with three or more children would also be able to retire at 60 under the plan, as would the elderly unemployed.

Proposals to lower the pension age for other categories of workers are said to be in the works, though this first step alone is expected to cost €1.1 billion next year, rising to €3 billion a year by 2017. The government will cover the expense by—surprise, surprise—raising employees' and employers' payroll taxes.

Mr. Sarkozy fought France's usual battery of trade unionists and leftist agitators to lower the retirement age in 2010, and the country's fiscal prospects have benefited from the effort. In its annual assessment of French public finances, published last week, the European Commission praised the 2010 pension reform as a major positive contribution to France's long-term budget outlook.



Associated Press French President François Hollande.

The Commission might have a different message for Paris this time next year—not that the prospect seems to bother Mr. Hollande or his ministers. Bernard Cazeneuve, the new European affairs minister, told a TV news channel that "The European Commission's recommendations on deficits are an assessment of past policies and are not a criticism on measures to come in the future."

France isn't alone in staring down a not-so-distant pension shortfall. Across Europe, demographic trends are lighting fuses for a fiscal bomb more quickly than national governments' (mostly sluggish) reform efforts are defusing them. Today there are four workers for every pensioner in the EU; by 2050 there will only be two. This is inevitable when people live longer and have fewer children, though France's birth rate is still buoyant relative to elsewhere in Europe.

But these demographic trends aren't reversing, and with public enmity toward immigration on the rise, European governments must find ways to keep their citizens productive for longer while raising the age when retiree benefits begin. Currently, many Europeans can expect to work for 35-40 years before collecting benefits for another 20.

That's plainly beyond the fiscal capacity of any European state, let alone those that are already struggling to retain access to international borrowing markets. When Chancellor Otto von Bismarck created the world's first social security system in 1889, he set the retirement age at 70. That was at a time when workers in the German Empire weren't expected to live much beyond 50.

We don't advocate returning to a 19th-century pension system, but certainly a dose of Bismarckian pragmatism is in order both for Mr. Hollande and for the unions that are applauding Wednesday's move. Back in 2010, France's total pensions deficit was 7.7% of GDP. Mr. Sarkozy raised the retirement age with the aim of balancing the pension system's budget by 2018.

Higher taxes may help flatter the numbers for a while, albeit at the cost of raising the cost of employing workers and thereby damaging job creation and growth. But unless payroll taxes go to astronomical levels, it will prove impossible over time to balance a pay-as-you-go system in which retirees spend two decades or more living off other people's money.

06. Juni 2012, 15:35 Uhr**Schuldenkrise**

Ahnungslos in die Euro-Dämmerung

Eine Kolumne von Wolfgang Münchau

Die meisten Bürger ahnen es noch nicht, doch das Endspiel um den Euro hat begonnen: Entweder Europas Regierungen schaffen noch schnell eine politische Union oder die Währungsgemeinschaft zerbricht. Egal, für welchen Weg sie sich entscheiden - für eine billige Lösung ist es wahrscheinlich längst zu spät.

Neulich fuhr ich mit dem Zug von Brüssel nach Deutschland, tief in die westfälische Provinz. Und als ich den Leuten dort im Zug zuhörte, wurde mir plötzlich klar, dass sie von alledem nichts ahnen, was demnächst auf sie zukommen wird. Sie reden natürlich alle über den Euro. Selbst im meinem Abteil entkam ich dem Thema nicht. Doch sie reden über den Euro als ein Problem da draußen, ganz weit weg.

Deutschland und der Rest Europas fühlen sich momentan an wie parallele Universen. Kaum zurück in Brüssel, verfolgte ich eine Diskussion unter Hedgefonds-Managern. Die stritten sich darüber, ob der amerikanische Investor [George Soros](#) nicht doch zu optimistisch gewesen sei [mit seiner Aussage, der Euro drohe in drei Monaten zusammenzubrechen](#). Es könne durchaus auch schneller gehen.

Einer der Manager war sich sicher, dass der Euro den Monat Juni nicht überleben werde. Dass es früher oder später mit dem Euro zu Ende geht, gilt in der Branche mittlerweile als gesetzt. Und zum ersten Mal höre ich, dass Profis hohe Wetten auf einen Zusammenbruch der Euro-Zone abschließen. Es sind diesmal nicht nur die üblichen Spekulanten. Die Zockerei mit der Euro-Dämmerung hat begonnen.

Ein Grund für diesen Pessimismus sind die extrem zunehmenden Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone. Es sind zum Teil technische Daten, die früher kaum jemand beachtet hat: etwa [der rasante Anstieg der deutschen Forderungen im innereuropäischen Zahlungssystem "Target 2"](#) oder die rapide steigenden Notkredite einiger nationaler Zentralbanken. All dies sind Anzeichen dafür, dass das System hochgradig instabil geworden ist und gerade dabei ist, aus den Fugen zu geraten.

Warum sollte Spanien die Kredite überhaupt noch bedienen?

Ich teile nicht die präzisen Zeitprognosen, die die Hedgefonds-Manager abgeben. Wir haben im Dezember vergangenen Jahres gesehen, dass die [Europäische Zentralbank](#) solche Voraussagen durchkreuzen kann, wenn sie das System mit Geldspritzen noch ein bisschen länger am Leben erhält.

Die Grundrichtung der Analyse ist aber richtig. Wir steuern auf eine Weggabelung zu, die uns vor die Wahl zwischen zwei extrem kostspieligen Pfaden stellen wird: eine hastig verhandelte politische Union oder der Weg zurück zu nationalen Währungen.

Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) und die anderen europäischen Regierungschefs haben ihr Wahlvolk bislang noch nicht darauf vorbereitet, was in den nächsten Monaten auf uns zukommen wird. Das Schlimmste sind gar nicht mal die ganzen Versprechen, die gebrochen werden müssen. Es sind die finanziellen, sozialen und politischen Kosten der Entscheidung, egal wie sie ausfällt.

Wenn wir die Währungsunion zusammenbrechen lassen, dann kommen auf Deutschland enorme Kosten zu. Die im "Target 2"-System ausgewiesenen Forderungen von derzeit rund 650 Milliarden Euro wären zum Teil verloren. Die zusätzlichen mehr als 200 Milliarden Euro aus den Rettungsschirmen wären dagegen nur Kleingeld.

Hinzu kämen viele hundert Milliarden, die die Bundesregierung dafür aufbringen müsste, deutsche Banken mit neuem Kapital zu versorgen. Denn die Kredite deutscher Banken etwa in Spanien oder Portugal würden mit einem Austritt dieser Länder hohe Verluste bringen, die die Banken selbst nicht mehr decken könnten. Und warum sollte Spanien diese Kredite dann überhaupt noch bedienen? Das Land hätte in einem solchen Fall schließlich ganz andere Sorgen.

Für eine Rettung ist es möglicherweise schon zu spät

Der Weg in die andere Richtung könnte ähnlich ruinös werden, je nachdem, wie man es anstellt. Die erste Etappe in Richtung eines europäischen Föderalstaats wäre [eine Bankenunion, einschließlich einer sofortigen Vollkaskoversicherung für alle Sparguthaben](#). Eine solche Garantie würde zwischen vier und neun Billionen Euro umfassen. Das sind rundgerechnet das Zwei- bis Fünffache der Gesamtkosten für die deutsche Einheit. Eine solche Versicherung ist notwendig, um zu verhindern, dass sich der Sturm auf die Banken in den Krisenländern beschleunigt.

Eine Bankenunion wäre in der Tat eine Revolution. Die Banker wären dann so europäisiert wie die Bauern. Es könnte dann sein, dass am frühen Morgen ein Brüsseler Beamter in eine Bankzentrale einmarschiert und das Institut dichtmacht. Die Banken wären dann keine deutschen oder spanischen mehr, sondern europäische. Vor einem Jahr sprach man noch von Minimallösungen. Jetzt wissen wir nicht einmal, ob die Maximallösungen noch ausreichen werden.

Bislang habe ich geglaubt, kein rational denkender Politiker würde einen unkontrollierten Zusammenbruchs der Währungsunion zulassen. Ich glaube das letztlich immer noch, doch möglicherweise ist es für eine Rettung schon zu spät. Es besteht die Gefahr, dass sich die Ereignisse überschlagen, bevor die Politik reagieren kann.

[Herman Van Rompuy](#), der Präsident des Europäischen Rates, bastelt jetzt mit Hochgeschwindigkeit an einer Bankenunion, einer Fiskalunion und einer politischen Union. Das ist in der Tat eine bemerkenswerte Entwicklung. Aber kann er das in der kurzen Zeit von wenigen Wochen und Monaten schaffen? Die Investoren an den Finanzmärkten wollen konkrete Beschlüsse sehen, keine Verlautbarungen und vor allem keine Verwässerungen.

Auf meiner Zugfahrt über die westfälischen Dörfer wurde ich durch Zufall Zeuge eines Gesprächs, das mir die politische Problematik mit einem Schlag deutlich machte. Ein frisch gewählter Landtagsabgeordneter, Christdemokrat, setzte sich in unser Abteil, in dem ein weiterer Mann saß, der sich sofort als einer seiner Wähler vorstellte. Es war ein lauter, mittelständischer Unternehmer. Er sprach den Politiker alsbald auf den Euro an und erklärte, die Griechen seien wie Realschüler, die zur Universität geschickt wurden und dort nicht wettbewerbsfähig seien. Dem CDU-Mann war sichtlich unwohl, aber er ließ den Schwall an Vorurteilen über sich ergehen.

Die Narrative dieser Krise sind völlig außer Kontrolle geraten, und die Politik weiß nicht, wie sie sie wieder einfängt. Das geht Merkel nicht anders. Vielleicht kommt die politische Union. Vielleicht kommt der Zusammenbruch. Eines von beiden wird aber kommen, und Deutschland hat sich auf keines der beiden Szenarien vorbereitet.

URL:

- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/wolfgang-muenchau-die-euro-zone-steht-vor-dem-zusammenbruch-a-837214.html>

06/06/2012 02:17 PM

The Move to Renewables

Germany's Nuclear Phase-Out Brings Unexpected Costs

By [Alexander Neubacher](#) and Catalina Schröder

The German government was quick to approve a phase-out of nuclear power in the country after the Fukushima nuclear disaster. Now the costs of moving toward renewable energy are just being realized, and low-income consumers are paying the price.

After two weeks, the first letter arrives. The second notice comes a week later. On the fourth week, the bell rings and a technician from the power company, Vattenfall, is at the door. He has a black toolbox under his arm and he means business.

Aminta Seck, 39, has been through this twice before. If she doesn't pay the technician at least part of what she owes the company, he'll disconnect her electricity, leaving Seck and her three-year-old son Liam sitting in the dark in their two-room apartment, without lights, a working stove, refrigerator or TV.

Electricity prices in Germany have risen by more than 10 percent since the current coalition of the center-right Christian Democratic Union (CDU) and business-friendly Free Democratic Party (FDP) took office. The price hike has been too much for some like Seck, an unemployed decorator from Berlin's Prenzlauer Berg district.

"Approximately every tenth household currently has problems paying for rising energy costs," says Holger Krawinkel at the Federation of German Consumer Organizations.

Left in the Dark

About 200,000 recipients of Hartz IV, Germany's benefits program for the long-term unemployed, had their power cut off last year because of unpaid bills, according to *Paritätische Gesamtverband*, an umbrella association for social movements in Germany.

The consumer protection organization for the federal state of North Rhine-Westphalia estimates that number to be as high as 600,000 per year. Ulrike Mascher, president of VdK, an interest group focusing on social justice, uses terms such as "fuel poverty" and a "blatant violation of fundamental social rights," when talking about the issue.

Meanwhile, the next price hikes are just around the corner. "The cost of electricity will rise, there's no question about that," says Jochen Homann, head of Germany's state-run Federal Network Agency.

The federal Economy Ministry calculates internally that prices will increase by between three and five euro cents per kilowatt hour within the next 12 months, in order to finance renewable energy subsidies and grid expansion. Those increases amount to an additional annual burden of between €105 and €175 (\$130 and \$220) for a family of three.

Consumer protection advocates and interest groups focusing on social issues blame the federal government for these increases. In particular, they say, the unchecked expansion of highly-subsidized photovoltaic installations is driving prices up, without the benefit of creating a commensurate increase in supply.

The CDU-FDP coalition itself has long wanted to cut back on funding for solar energy, but the Bundesrat -- Germany's upper house of parliament, which represents the individual federal states -- voted against the measure. It is unlikely lawmakers will reach a compromise on the issue before their summer recess this year.

'A Major Debate'

More than a year has passed since the Fukushima nuclear reactor disaster in Japan prompted Germany's lower house of parliament, the Bundestag, to vote to gradually phase out the country's nuclear power plants, replacing them wherever possible with renewable energy sources. Yet it is only now that a serious discussion is beginning over the costs of the nuclear phase-out.

Chancellor Angela Merkel made the transition to renewable energy a top priority after dismissing her environment minister, Norbert Röttgen, last month, but essential questions remain unanswered. Who will pay for this supposed "joint effort," in Merkel's words? What's the upper limit on costs? And when will voters' positive view of the nuclear phase-out give way to frustration over rising costs?

"I am very concerned about the way energy prices are growing," says Economy Minister Philipp Rösler of the FDP, discussing what he describes as a "battle to keep energy affordable." Thomas Bareiss, who coordinates energy policy issues for the parliamentary group of the CDU and its Bavarian sister party the Christian Social Union (CSU), predicts: "We're going to see a major debate over who pays for the transition to renewable energy."

The last thing the chancellor wants, especially with parliamentary elections coming up next year, is to open herself up to accusations that she lacks a sense of social justice or is indifferent to social issues. Leading figures within her coalition are pondering ways to combat the steady rise in energy prices, and to divert attention away from the failures over the past 12 months.

Their list of proposed solutions ranges from reducing energy costs for low-income consumers, to a new program that would earmark billions of euros for renewable energy sources and energy storage capacity. "We can't allow electricity to become a luxury," says new Environment Minister Peter Altmaier of the CDU, who also said he intends to meet as soon as possible with representatives from social welfare organizations.

Searching for Alternatives

Parliamentarians from the CDU and FDP have already begun campaigning within their parliamentary groups to repeal an "eco-tax" currently added to consumers' energy costs. Removing this tax, they say, would make it possible to keep consumers' energy prices at their current level for the time being.

Other parliamentarians, meanwhile, hope the finance minister will make tax funds available to help pay for new transmission lines connecting northern and southern Germany. The downside of this approach is that it would require either cuts to public spending on other fronts, or raising taxes.

Federal Economy Minister Rösler is at work on a new model for financing renewable energy. He would like to repeal Germany's renewable energy law, known as the EEG, which forces energy consumers to bear a portion of the costs for rooftop solar panels, wind turbines and biogas facilities. "The planned cutback in photovoltaic subsidies is only the first step," Rösler says.

Rösler's advisers are currently devising an alternative model based on a suggestion from the country's Monopolies Commission. According to this plan, the government would require power companies to obtain a certain proportion of their energy mix from renewable sources, but would leave it up to individual providers to decide how to meet that quota.

Rösler's analysts believe investors would then use whichever energy technologies are most cost-effective in any given situation, and would pass the savings on to their customers. Rösler had little success getting his former cabinet colleague Röttgen to approve of his plans, but hopes Röttgen's successor Altmaier will be more receptive.

Unkept Promises

Rising energy costs are especially embarrassing for German leaders because, until very recently, they claimed to have everything under control. Merkel more or less offered a price guarantee in a speech on the energy turnaround she gave in front of the Bundestag last year.

"We must continue to provide both businesses and individual citizens with affordable energy," Merkel said at the time. "The costs to consumers as a result of the EEG must not exceed their current level."

That's a promise the chancellor won't be able to keep. This fall, the Federal Network Agency is expected to announce rates that are 30 to 50 percent higher than current levels, putting consumers' contribution to renewable energy subsidies between 4.7 and 5.3 euro cents per kilowatt hour of energy, plus sales tax, up from the current level of 3.59 cents. Bareiss, the CDU's energy specialist, has even talked of "potentially more than six cents" per kilowatt hour, which would be an increase of nearly 70 percent.

The primary reason for these costs can be seen on rooftops throughout Germany. Energy consumers will pay €100 billion over the next 20 years to subsidize photovoltaics installed before the end of 2011. The first several months of this year added at least €5 billion to that amount.

Burdened by Debts

Meanwhile, many low-income and unemployed Germans have reached the limits of what they're able to pay, as the example of Aminta Seck in Berlin shows. As a single mother, Seck receives €860 a month in government assistance. By law, €40 of that amount is intended primarily to cover energy costs.

In reality, though, the money isn't enough. Despite moving out of her old apartment and into a smaller one, Seck consistently comes up a few euros short each month, an amount she then has to pay as a lump sum at the end of the year. "I manage to come up with the money for the energy bill in the summer," she says, "but in the winter, when it's dark, it's just not possible."

Once the electricity has been shut off, it's difficult for consumers to climb out from under their debts, since in addition to settling their overdue bills, they have to pay a fee of up to €80 to have the power turned back on.

"My clients end up waiting at least a week, and in extreme cases even up to two months," says social worker Renate Stark, who works in Prenzlauer Berg at Caritas, a social services organization, and counsels people who have fallen behind on their energy bills.

Stark says she's already seen the effects of the transition to renewable energy sources. "In the past, at most one client per month came to me because of problems paying energy bills," she says. "Now it's at least 30."

This makes it all the more astonishing how casually politicians -- from all parties -- have disregarded the societal consequences of their project. While the government and opposition quarreled for months over a few euros' difference in Hartz IV payments, they essentially formed a grand coalition when it came to subsidizing solar panels.

Not Knowing the Details

All of the political parties wanted to appear eco-friendly, and many politicians never knew much about how the system worked in detail. Former Minister Röttgen, for example, was quite surprised when he found out -- well into his term in office -- that Hartz IV recipients must pay their electricity bills out of the standard payment they receive from the government.

Members of the opposition were just as willing to overlook the bizarre redistribution of funds taking place as a result of the renewable energy subsidies, with low-income consumers in rental apartments subsidizing homeowners' solar panels through their energy bills.

The situation didn't seem to bother the center-left opposition Social Democratic Party (SPD), which was very much caught up in the green spirit of times. After all, the money benefited solar power, something everyone

agreed was a "good thing," in the words of Ulrich Kelber, an SPD politician who works on environmental issues. There was no need, the SPD felt, to get worked up over a few cents here and there. The Green Party, meanwhile, took the position that it was necessary to make financial sacrifices for the sake of the "environmental transformation of society."

Now, though, the general mood seems to be shifting. Individuals are becoming increasingly aware that they're expected to bear the majority of the burden in the transition to renewable energy, while industry and power companies bask in endless subsidies.

New Class of Millionaires

Cash-strapped energy consumers find themselves pitted against profit-hungry entrepreneurs who have been spoiled by subsidies. They are businesspeople such as Frank Asbeck, a photovoltaics manufacturer who has become a multimillionaire -- with his own private castle, hunting grounds and a Maserati -- thanks to the EEG.

Asbeck received an appointment with Altmaier, the new environment minister, right away last Tuesday, to express his views on the issue. The energy transition will also prove profitable for investors in the project to expand Germany's power grid. The return on such investments is guaranteed by the government to be around 9 percent, an interest rate of which mere mortals with standard retirement plans can only dream.

"Private households are expected to pay for an energy transition for which no clear plan exists," says Holger Krawinkel of the Federation of German Consumer Organizations. "That's unacceptable."

Ulrich Schneider from *Paritätische Gesamtverband*, the umbrella organization working on social justice issues, warns that there will be protests.

"We can only truly commit to renewable energy if the costs are distributed fairly," he says. "Anyone using the energy transition as a campaign issue also needs to explain who's going to pay for it."

Translated from the German by Ella Ornstein.

The Fate of Europe Has Become Visible. Only How and When the Break Comes Remains Uncertain.

EconoMonitor Author: [Fabius Maximus](#) · June 6th, 2012 · [Comments \(0\)](#) Share This Print 0 0

Summary: The last act of the EMU's death throes has begun. We already knew the two possible endings: further unification or fragmentation. Now we can see far enough to guess about when and how it will end. Probably in a crisis, in which the odds of policy errors will be high — and the odds of unification are low.

“It is a national and imperative need to officially ask our partners in the EU for the activation of the support mechanism we jointly created.”

— Prime Minister George Papandreou, requesting a 45 billion euro loan from the Troika (EU, the European Central Bank, and the International Monetary Fund), 23 April 2010



A dream, perhaps soon to be real

Contents

1. Summary of the Euro-crisis
2. What will resolve the situation?
3. What about the magic of Central Bank action?
4. For more information

(1) Summary of the Euro-crisis

Those words of Prime Minister Papandreous marked the beginning of the end for the European Monetary Union. Now, two years later, it enters what looks like its final stage. Here are forecasts about the next steps. We cannot see the ending, but unification or fragmentation seem likely alternatives. The current system is dying.

The European Economic and Monetary Union (EMU) was born on 1 January 1999 as a bold attempt to unify Europe by monetary policy as an intermediate step between a loose confederation and full political union. Many experts said it would fail ([see here](#) for details).

The 2008 – 2009 crash exacerbated imbalances that had accumulated from the EMU's flawed design (for details see the articles at the end of this post). Each stage of the EMU's death throes was a crisis, met by measures that were slow, late, incremental, and too small. Each crisis larger than the previous in both euros and territory.

Each response was known to be inadequate when made (despite the giddy applause greeting each new package). Nothing more was possible. The leaders of the EU, ECB, and IMF — like ours — operate within narrow ranges of freedom. Bold actions work only when a nation's leaders and people will support them. Europe's elites and peoples want two incompatible things.

- They want unification (to avoid war and control their destiny in a world of giants).

- They don't want what goes with it — the transfer payments (eg, as California taxes go to spending in Mississippi & New Mexico), the central control of spending (ie, by Germany), and the need to get along with one another.

Political science is, in a sense, the study of how people resolve incompatible goals and values. Europe has been unable to do so for two years. Nothing can be done until they square this circle. The current EMU is a jury-rigged halfway house, now in ruins. Europe must unify or fragment. Each crisis provides an opportunity to take decisive steps, but the necessary political consensus remains elusive. So Europe's leaders glue together the widening cracks in the EMU while planning for the future (ie, the European Fiscal Compact; [see Wikipedia](#)).

That's probably all they can do now. Many people believe that leaders have the ability to mold public opinion. A large body of research shows this to be false. Events often shape public opinion; political theater and pretty speeches seldom do.

(2) What will resolve the situation?

“I don't know if we're on the edge of the precipice, but we're in a very, very, very difficult situation. ... What this shows is not capital flight, but the financing difficulties of Spanish banks in money markets. ... Spanish banks are having growing difficulties accessing money markets mainly in Europe: in the U.S. the money markets are very much closed to all European banks.”

— Spanish Economy Minister Luis de Guindos on 31 May 2012, about the IMF report showing 97 billion euros left Spain in Q1 (66 billion of that in March). [From Bloomberg](#).

I believe that only a crisis will force radical change. The most likely spark: a large-scale run on the banks of one or more of the PIIGS. This is a common ending for currency unions, and may have already begun. Greece has seen steady outflows of funds. A run may have started in Spain. Runs are a mob event, mass hysteria — but mobs often develop in response to real dangers.

Unfortunately, few people make quality decisions during the pressure and rush of a crisis. More likely are unwise or even disastrous choices (for an example see [The Titanic's lessons for us about the coming economic crisis](#)). Worse for the long-held dreams of its people, during a crisis the ambit of people's love tends to narrow. Not a propitious time for unification. The people might cry *Every nation for itself; let the weak of Europe fend for themselves*.

The history of America provides a cautionary example. Both of our two Republics were conceived in relatively calm times. The First in 1776, before the revolution got rolling. The Second (our current one) in 1783, after the war's end.



(3) What about the magic of Central Bank action?

“If he's alive or dead it doesn't matter. If he's dead, just prop him up and put some dark glasses on him like, like 'Weekend at Bernie's'”.

— John McCain worshipping Alan Greenspan, 18 June 2009 ([from CBS](#))

Elected officials have come to rely on Central Bankers' policy action as crutch, as an escape from making necessary changes in national policy. Monetary and bank regulatory policy can do many things, but to have beneficial long-term effect it must be part of a larger package of regulatory, tax, and fiscal spending policies.

Also, Central Bankers have little legitimacy. Especially in troubled times. Unelected bankers, they're inherently undemocratic and easily become targets for public anger. This makes them even less interested than usual in decisive action.

Plus they tend to have narrow backgrounds and training. Money is not God, even when worshipped. Knowledge of money does little to make effective public policy on earth or gain the keys to heaven.

For More Information

(a) Articles about Europe's march to unification

1. ["France's Broken Dream"](#), Martin Feldstein (Prof Economics, Harvard), Project Syndicate, 26 May 2012
2. [The End Of The Euro: A Survivor's Guide](#)", Peter Boone and Simon Johnson, The Baseline Scenario, 28 May 2012
3. ["The Euro: an alternative moral tale"](#), Simon Wren-Lewis (Prof Economics, Oxford), 1 June 2012
4. Important: [Remarks by George Soros at the Festival of Economics](#), Trento Italy, 2 June 2012 — Deserves attention, as he has proven to understand currency unions better than almost everybody.

(b) Forecasting the crisis in Europe:

1. [The post-WWII geopolitical regime is dying. Chapter One](#), 21 November 2007 — Why the current geopolitical order is unstable, describing the policy choices that brought us here.
2. [Can the European Monetary Union survive the next recession?](#), 11 July 2008

(c) Posts about Greece:

1. [A great speech by the PM of Greece. How soon until an American President says similar words?](#), 3 March 2010
2. [The EU does Kabuki for Greece. Is it the next domino to fall?](#), 14 April 2010
3. Important: [Former Central Bank Head Karl Otto Pöhl says bailout plan is all about 'rescuing banks and rich Greeks'](#), 20 May 2010
4. [Hot news! The Wehrmacht failed to take Greece. Now Germany tries again, with a different method.](#), 28 January 2012
5. [Europe has chosen a harsh future. All the paths for Greece lead into darkness.](#), 24 February 2012
6. [A note from Athens: Feeling on the ground has palpably changed](#), 1 March 2012 — A clear sign that the Greek people are ready for change

(d) Analysis and forecasts about the crisis in Europe, reporting their slow march to the cliff:

1. [The periphery of Europe – a flashpoint to the global economy](#), 8 February 2010
2. [Governments cannot go bankrupt](#), 2 April 2010 — But they can default.
3. [About the Euro crisis: the experts are wrong; the German people are right.](#), 7 May 2010
4. [The Fate of Europe, nearing the point of decision](#), 13 September 2011
5. [Europe drifts towards the brink of a cataclysm](#), 26 September 2011
6. [Delusions about easy fixes for Europe, dreaming during the calm before the storm](#), 30 September 2011
7. [Is Europe primed for chaos, as it was in July 1914?](#), 7 October 2011
8. [Today Europe's leaders took another step towards the edge of the cliff](#), 27 October 2011
9. [Where to from here, Europe? Some experts share their views.](#), 8 November 2011
10. [Status report on Europe's slow re-birth \(first, the current system must die\)](#), 10 November 2011
11. [Looking ahead to see the new shape of Europe](#), 22 November 2011
12. [Europe passes the last exit. A great crisis lies ahead.](#), 21 February 2012

The price of the euro: German money, France's independence

6 June 2012

Presseurop

Süddeutsche Zeitung

In line with the newspaper's pro-European position, today's [Süddeutsche Zeitung editorial](#) argues that eurobonds are the only option to "save Europe" and will necessarily require the creation of a European federation.

If the euro and the historic initiative to unite Europe are to be salvaged, the continent's two strongest states will be forced to contribute their two greatest treasures: Germany will have to share its money, and France its sovereignty.

If the Germans do not "accept eurobonds, then the euro dies", insists the daily. As for the French, they may consider that such a move amounts to a consecration of their European policy which first and foremost aimed to control German economic power. However, warns the newspaper –

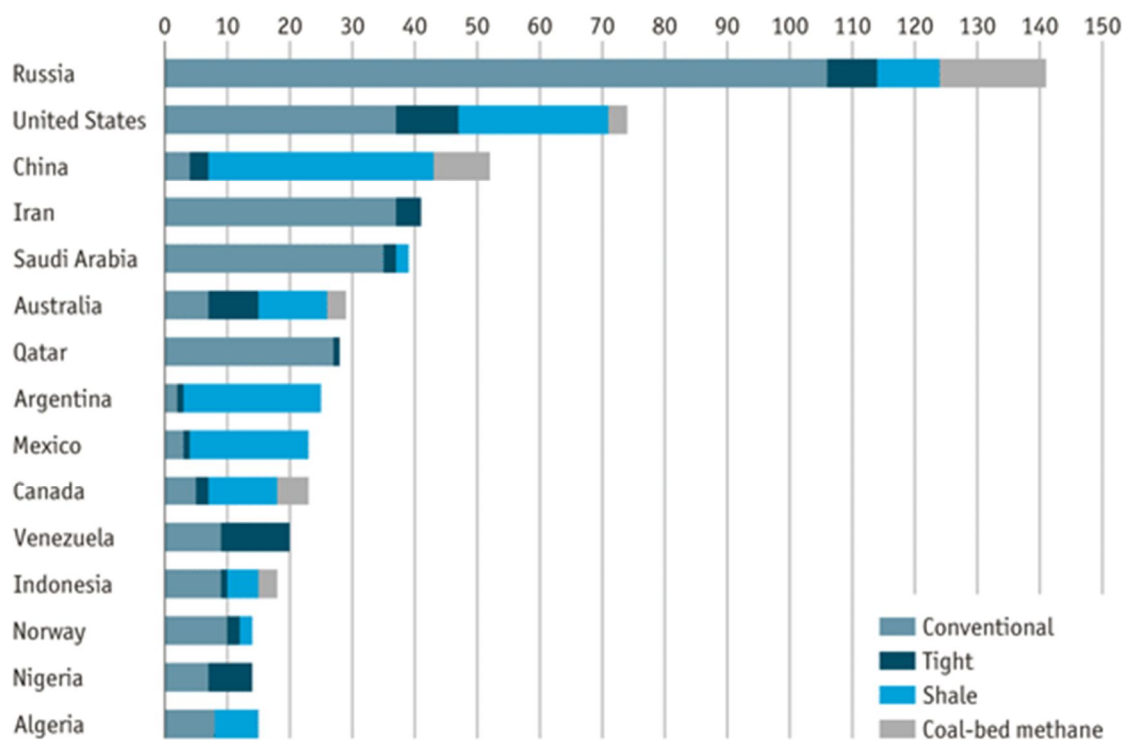
... if Europe is to issue federal bonds like the United States, it will have to become a proper federation with a European minister of finance, a common parliament that controls the budget and a Commission president elected by universal suffrage who represents the unity of the continent. (...) If this is to happen, France will have to give up much more of its sovereignty. In any case, the quest for grandeur in the world of tomorrow is beyond the reach of nation states and can only be achieved by Europe.

Natural gas reserves

Jun 5th 2012, 17:47 by The Economist online

AROUND 45% of the world's recoverable natural-gas reserves are "unconventional", comprised mainly of shale gas, and also tight gas and coal-bed methane. The International Energy Agency (IEA) reckons global gas demand will increase by more than half between 2010 and 2035, and unconventional gas will make up 32% of the total supply, up from 14% today. While Russia and the Middle East hold the largest reserves of conventional gas, available sources of unconventional gas are spread across the world, and can be found in countries that are currently net importers, such as China and America. But the ease of accessibility will vary from well to well. Extracting shale gas (which is trapped between layers of shale rock) and tight gas (found in sandstone) involves bombarding the rock with water and chemicals, a technique known as "fracking". This is more expensive than the methods used to produce conventional gas. Costs differ between countries, too. China's shale-gas and coal-bed methane industries are subsidised to the tune of 3 cents per cubic metre. Elsewhere there is less government support. France and Bulgaria have banned fracking for environmental reasons.

Recoverable natural-gas reserves
2011, trn cubic metres



Source: IEA

Wahlrechtsreform

Ungereimtes

FAZ 05.06.2012 · Die deutsche Demokratie ist mit ihrem Wahlrecht bisher insgesamt gut ausgekommen. Was nun an Änderungen erwogen wird, macht die Sache womöglich komplizierter, sicherlich aber nicht besser. Denn kein Wahlrecht ist völlig frei von Ungereimtheiten.

Von [Günther Nonnenmacher](#)

Mit dem Wahlrecht ist es wie mit der Steuergesetzgebung: je gerechter man es machen will, desto komplizierter wird es. Das führt hier wie da dazu, dass es zu Ungereimtheiten kommt. So geschehen bei einer Nachwahl in Dresden im Jahr 2005: Damals musste die CDU unter einer gewissen Anzahl von Stimmen bleiben, um nicht einen Sitz zu verlieren. Man nennt das „negatives Stimmgewicht“, und es hat mit den sogenannten Überhangmandaten zu tun, die wiederum aus dem Perfektionsstreben herrühren, das für das Wahlrecht zum Bundestag grundlegend ist: die Kombination aus einem Verhältniswahlrecht mit Elementen der Persönlichkeitswahl.

Vereinfacht gesagt: Der Bundestag soll die prozentuale Stärke der Parteien abbilden, es soll aber auch eine Belohnung für Parteien geben, die am meisten direkt gewählte (im Gegensatz zu Listen-)Kandidaten stellen. Diese Kombination hat wiederum eine Konsequenz, die nachweislich eine erkleckliche Anzahl der deutschen Wahlbürger bis heute nicht versteht: jeder Wähler hat zwei Stimmen, und um die Schwierigkeit noch zu steigern ist die zweite davon die wichtigere, weil sie über das Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag entscheidet.

Trotz Grummeleien hie und da haben sich die Parteien mit diesem Wahlrecht über Jahrzehnte abgefunden, und insgesamt lässt sich sagen, dass die deutsche Demokratie gut damit gefahren ist. Die Erinnerung an die Streitereien am Anfang der Republik (und bis in die Zeiten der Großen Koalition), als ernsthaft über die Einführung eines reinen Mehrheitswahlrechts diskutiert wurde, ist jedenfalls seit einem halben Jahrhundert verblasst, keine der seitherigen Regierungen hat danach parteiisch (zum eigenen Vorteil) am Wahlrecht herummanipuliert.

Bis das Bundesverfassungsgericht die demokratiethoretische Lücke durch das „negative Stimmgewicht“ zum Anlass nahm, um 2008 eine Änderung zu fordern. Was seither erwogen wurde, macht die Sache womöglich komplizierter, sicherlich aber nicht besser. Denn es gibt in keiner Demokratie auf dieser Welt ein Wahlrecht, das völlig unumstritten oder ganz frei von Ungereimtheiten wäre. Es wäre eine weitere Ungereimtheit, wenn Karlsruhe dem demokratischen Gesetzgeber nun en détail vorschreiben wollte, wie er sich wählen lassen muss.

Quelle: F.A.Z.

Eurozone crisis: United States of Europe may be the only way to save euro

With France and Germany at odds, and events moving quickly, a strategy for fiscal and political union is being drawn up

- [Ian Traynor](#), [Europe](#) editor
- [guardian.co.uk](#), Monday 4 June 2012 19.22 BST



Is a United States of Europe the only way to save the euro? Photograph: Thierry Roge/Reuters

It is a measure of the speed at which the politics of the [euro](#) crisis is changing. Only a fortnight ago all the attention was being lavished on France's new president, [François Hollande](#), being sworn in in Paris as Monsieur Growth and rushing off on his first assignment to challenge [Europe's](#) Frau Austerity, Chancellor [Angela Merkel](#).

"We need new solutions. Everything's on the table," Hollande pledged, meaning he would force Merkel to remove the noseclip and consider things that give off a foul odour in Berlin, foremost among them eurobonds – [Germany](#) solving the crisis at a stroke by agreeing to underwrite the debt of [Spain](#), Greece, [Italy](#) and all the rest. Fat chance.

By Saturday the growth versus austerity contest had receded as Merkel turned the tables on Hollande.

It was her turn to declare there should be no taboos in grappling with the hard options facing Europe's leaders as they wait to see what will happen in Greece and Spain, and plot their next moves at what is shaping up to be a momentous summit at the end of the month.

Merkel appeared to be calling not only Hollande's but France's bluff. By announcing there could be no censorship of the eurozone to-do list, she meant tabling radical, federalist steps involving gradual loss of national sovereignty over budgetary, fiscal, social, pensions, and labour market policies with the aim of forging a new European political union over five to 10 years.

The USE – United States of Europe – is back. For the eurozone, at least. Such "political union", surrendering fundamental powers to Brussels, [Luxembourg](#) and Strasbourg, has always been several steps too far for the French to consider.

But Berlin is signalling that if it is to carry the can for what it sees as the failures of others there will need to be incremental but major integrationist moves towards a banking, fiscal, and ultimately political union in the eurozone.

It is a divisive and contested notion which Merkel did not always favour. In the heat of the crisis, however, she now appears to see no alternative.

The next three weeks will bring frantic activity to this end as a quartet of senior EU fixers race from capital to capital sounding out the scope of the possible.

Herman Van Rompuy, president of the European council, Mario Draghi, head of the [European Central Bank](#), Jean-Claude Juncker, Luxembourg leader and longstanding head of the eurogroup of single currency countries, and José Manuel Barroso, chief of the European commission, are to deliver a eurozone integration plan to an EU summit on 28-29 June.

All four are committed European federalists.

Before the summit there is a fateful Greek election and French parliamentary polls, while time appears to be running out for the Spanish banking sector. The finance minister in Madrid, Luis de Guindos, says that the fate of the euro will be decided over these weeks in Spain and Italy.

The quantum leap in integration being mulled will not save Greece, rescue Spain's banks, sort out Italy, or fix the euro crisis in the short term.

The leaders may even run out of time, exhausting the reserves of brinkmanship and last-minute calls that have characterised the "crisis management" of the past 30 months.

But they hope that by unveiling a medium-term strategy for a fiscal and political union in the eurozone they will convince the financial markets of their resolve to save the euro, that the currency is irreversible, and that the heat will be off.

The impact of "the project" will be immense, if it takes off.

Logically, you would need a new European treaty. That will be tortuous. You would probably need a new German constitution, which may prove a step too far.

The current perennially cited "democratic deficit" in how the EU is run would widen exponentially without a radical overhaul of the electoral underpinning of eurozone government. What would be the point in voting for a government in, say, [Slovenia](#), when in a eurozone political union the tax, spending, pensions, or labour policies are decided in Brussels?

A much more entrenched two-speed Europe would emerge, with key decision-taking centred in the eurozone and not in an EU of 27 or 28.

The gap between Britain and core Europe might become unbridgeable, generating only mutual rancour and ultimately ending the UK's unhappy EU dalliance, although the "political union" is precisely what David Cameron and George Osborne are recommending as the "remorseless logic" of sharing a currency.

In the third year of muddling through, the choices facing Europe's leaders are getting starker – the death of the euro or the birth of a new European federation.

- WSJ [ECONOMY](#)
- June 5, 2012, 10:30 p.m. ET

Germany Grapples With Role In Rescue

By [VANESSA FUHRMANS](#) And [MATTHEW KARNITSCHNIG](#)



REUTERS

German Chancellor Angela Merkel, Economy Minister Philipp Roesler, left, and Chief of Staff Ronald Pofalla.

BERLIN—As Europe careens deeper into political and economic crisis, the immediate survival of the euro turns more than ever on a single question: Will Germany act?

For nearly three years, Chancellor Angela Merkel has resisted pressure from European neighbors to provide a stronger financial backstop for the euro zone. Germany, the only euro-zone nation with the economic heft to do so, has done the minimum necessary to keep vulnerable countries afloat—and demanded crushing public-spending cuts in return.

Now, with Greece's euro membership hanging by a thread, Spain's banking system in deep trouble and concerns about Italy mounting, the German government must decide whether saving the euro is worth putting the country's own prosperity at risk.

"Germany should reflect quickly but deeply, and act," Italian Prime Minister Mario Monti said late last week.



Few Germans, however, share that sense of urgency. With German unemployment at a 20-year low and falling, and the country's economy continuing to grow despite the debt crisis, not many Germans see the crisis as a threat to their way of life.

Half the German population believes the common currency has been more of a negative than a positive for Germany, up from 43% in February, according to a poll released late last month by public broadcaster ZDF. Nearly 80% are opposed to proposals for euro nations to jointly sell and guarantee euro bonds. A solid majority believes Greece should leave the euro.

Critics of Germany's approach to the crisis, including France and Italy, have said that its strategy of trying to rebuild confidence by imposing harsh austerity measures on Greece and other countries has compounded the crisis, not eased it.

As the Spanish banking system teetered last week, European Commission officials proposed a Europe-wide "banking union" aimed partly at providing relief for Spain's enfeebled institutions and preventing trouble from spreading elsewhere. Minutes after the proposal was unveiled, Germany shot it down.

This week, with the crisis worsening, Ms. Merkel softened her stance, suggesting that the continent's largest financial institutions be placed under direct European Union supervision. Her remarks came after other German officials signaled that they may eventually accept euro bonds or similar measures if European governments submit to centralized fiscal controls.

Still, Ms. Merkel stopped short of endorsing more ambitious plans to safeguard the region's financial system or agreeing to let Spanish banks tap the euro-zone's bailout fund. German officials say any compromise would be contingent on euro-zone members agreeing to tougher, centralized fiscal controls, part of Ms. Merkel's recent call for "more Europe, not less Europe."

The deeper fiscal and political integration that would entail are distant goals that many economists and policy makers say may never be realized if Ms. Merkel doesn't take bold action soon.

"The German elite has not yet learned to lead. It really doesn't want this [role]," says Wolfgang Ischinger, a former German deputy foreign minister who is now chairman of the Munich Security Conference. "Leading in a democratic Europe requires being a benevolent hegemon, being generous and giving away a lot of money." Ms. Merkel's position, he says, reflects the prevailing feeling among Germans that "we've been generous enough."

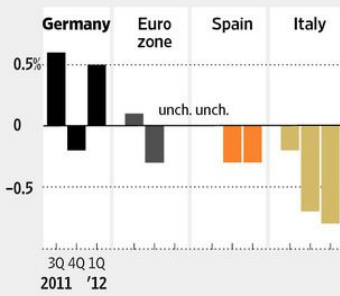
The self confidence Germans have about their economic priorities is deeply rooted in the nation's postwar history. A dramatic revival in the decades that followed World War II—Germans attribute it to their collective *Fleiss*, or hard work—led to broad acceptance of the importance of price stability and fiscal restraint. Those beliefs are behind such government policies as Ms. Merkel's recently proposed "fiscal pact"—an effort to impose German fiscal standards across the EU with a treaty that would place strict controls on national budgets.

Tensions over Germany's economic prescriptions boiled to the surface last November during a German parliamentary delegation's trip to Athens. Within hours of the delegates' arrival, what was supposed to be a friendly fact-finding mission devolved into a tongue lashing, according to several people present.

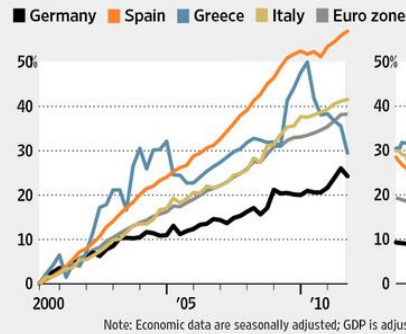
Ties That Bind...and Divide

Germany's economy has fared better than those of the weaker euro-zone countries.

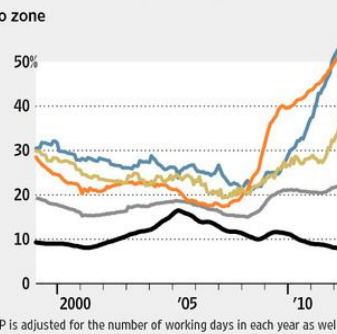
Gross domestic product
Quarterly change



Labor costs
Change since the first quarter of 2000



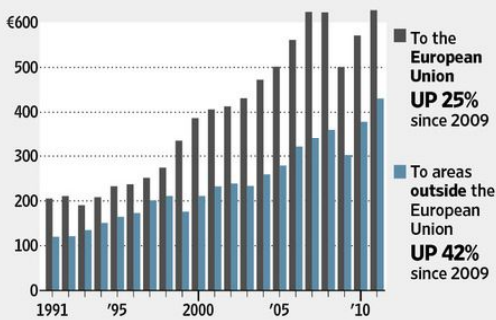
Youth unemployment rates
For those under 25 years of age



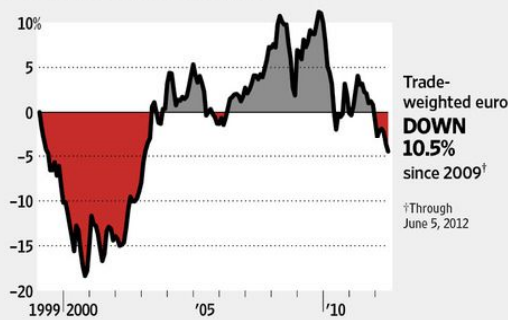
Note: Economic data are seasonally adjusted; GDP is adjusted for the number of working days in each year as well

The bulk of German exports go to EU countries, but its exports to other destinations are rising faster, supported in part by the weakening euro.

German exports of goods, in billions

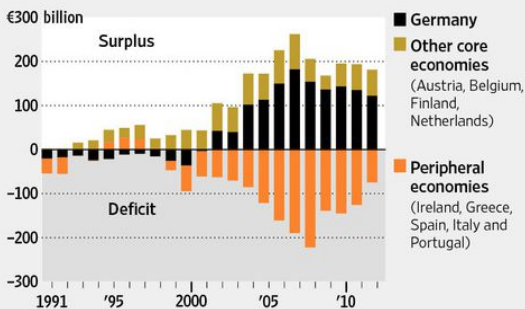


Euro vs. the currencies of the bloc's trading partners
Percentage change since January 1999



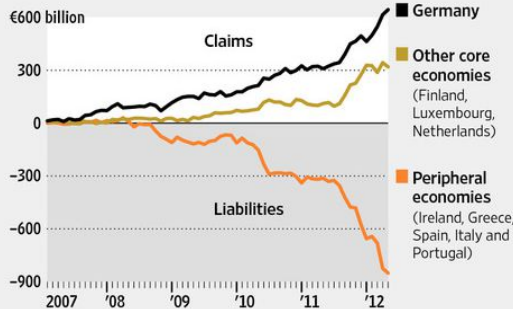
Trade imbalances have widened since the euro's introduction, with Germany gaining the most. Central banks of many euro-zone nations have had to borrow money to prop up their banks.

Current account balances, the broadest measure of international trade, for select euro-zone countries



Euro-zone central banks exchange funds through a cross-border payment system know as Target 2.

The German central bank has deposited capital, while the central banks of countries with stressed banking systems have withdrawn funds.



Sources: European Commission (unemployment; exports, current account balances, GDP growth); European Central Bank (euro); Institute of Empirical Economic Research, Universität Osnabrück (Target 2 figures)

The Wall Street Journal

Greek parliamentarians angrily accused Germany of having forced Greece to accept brutal austerity measures, these people say. Some vowed to reject further reforms and said that insufficient World War II reparations had contributed to Greece's debts woes. Germany's tight grip on bailout payments put their nation all but under its occupation again, they complained, according to several delegates at the meeting.

The Germans—even those at odds with Chancellor Merkel's Europe policy—left Athens stunned and frustrated. "They want us to give them money, but without conditions, without political influence," said Viola von Cramon, a Green Party delegate who was on the trip. "But what country would agree to do that?"

West Germans were willing to do something like that for their East German compatriots when the Cold War ended. They spent the equivalent of more than €2 trillion to achieve a historic political goal—Germany's 1990 reunification. Fifteen years later, Ms. Merkel became the first East German to serve as chancellor. These days, the prospect of unlimited transfers to Greece or Portugal in the name of European solidarity isn't an idea many Germans embrace.

"We can't simply socialize European debt," said Udo Vetter, partner and advisory board chairman at German family-owned Vetter Pharma GmbH in the southern German town of Ravensburg. "But Germany has a fiscal-stability culture that could be a recipe for success for the rest of Europe."

Germany's current ambivalence about aggressively safeguarding the euro zone signals a shift in its postwar thinking about Europe. After World War II, Germany often subordinated its short-term financial and political interests to gain the trust of its neighbors.

Today, most Germans don't want their past to define their dealings with rest of Europe. That is particularly true for younger Germans, for whom the war is the stuff of black-and-white documentaries and the reminiscences of their grandparents.

In a recent hourlong appeal to save the euro, former Chancellor Helmut Schmidt, who fought in the war, urged Germans not to forget their historical responsibility. "More than once we Germans have caused others to suffer because of our position of power," the 93-year-old elder statesman said. In a criticism of Ms. Merkel's demands for austerity from weak euro-zone nations, he warned that "whoever doesn't understand this original and still relevant reason for European integration is missing the indispensable requirement for solving today's precarious crisis."

Isabel Winzer, a 26-year-old art-history student who was in the audience, found the speech stirring but wasn't swayed by the history argument. Ms. Winzer, a former staffer for the center-left Social Democrats that Mr. Schmidt once led, said the appeal didn't resonate with a generation raised in an age of prosperity and peace. "For us, the peace argument is not so important," she said. "We never experienced war and we couldn't imagine it."

The prospect that Europe—and thus Germany—would lose its global economic influence if it didn't stick together was a more convincing argument, she said, echoing a commonly held view in Germany. But Ulrike Guérot, a senior fellow at the European Council on Foreign Relations in Berlin, says that economic rationale doesn't make for a persuasive rallying cry. "We keep trying these new narratives for Europe, but they can't compare to the motivating power that war, the Holocaust and the threat of Soviet domination had," she says.

Aleks Lessmann, 44, is a Bavarian political director for Germany's upstart Pirate Party, which has showed strongly in recent elections, especially with younger voters, with its platform of Internet freedoms and civil liberties. He says Germany—and Europe's—political leaders have failed to steer Europe out of the crisis because they lack such a grand vision.

"I understood the goals of the European movement of the '40s and '50s. We had a lot of wars. But where are we all going together now? What are the long-term goals?" he asks. "No one has been able to explain it to Europeans, and I suspect it is because they just don't have a big plan."

The hyperinflation that Germany experienced in the 1920s is often cited as the source of the population's ingrained fear of rising prices. A more recent financial trauma, however, was the currency reform that followed World War II. In 1948, Germans were forced to exchange their Reichsmarks for a new currency, the Deutsche Mark, in most cases for less than 10% of face value. Family savings were wiped out.

"We are always told we're the know-it-alls, that we think we know how Europe should do everything better," said Michael Stübgen, a German lawmaker in Ms. Merkel's Christian Democratic Union. "But we came to these [measures] based on our own experience."

Frankfurter Allgemeine Zeitung, an influential conservative daily, captured the prevailing German view in a recent front-page editorial. Countries that don't accept the necessity of austerity, the paper wrote, "mistook the euro zone for a paradise, where prosperity comes without hard work."

Ms. Merkel and her party colleagues have admonished countries to "do their homework" on the fiscal front.

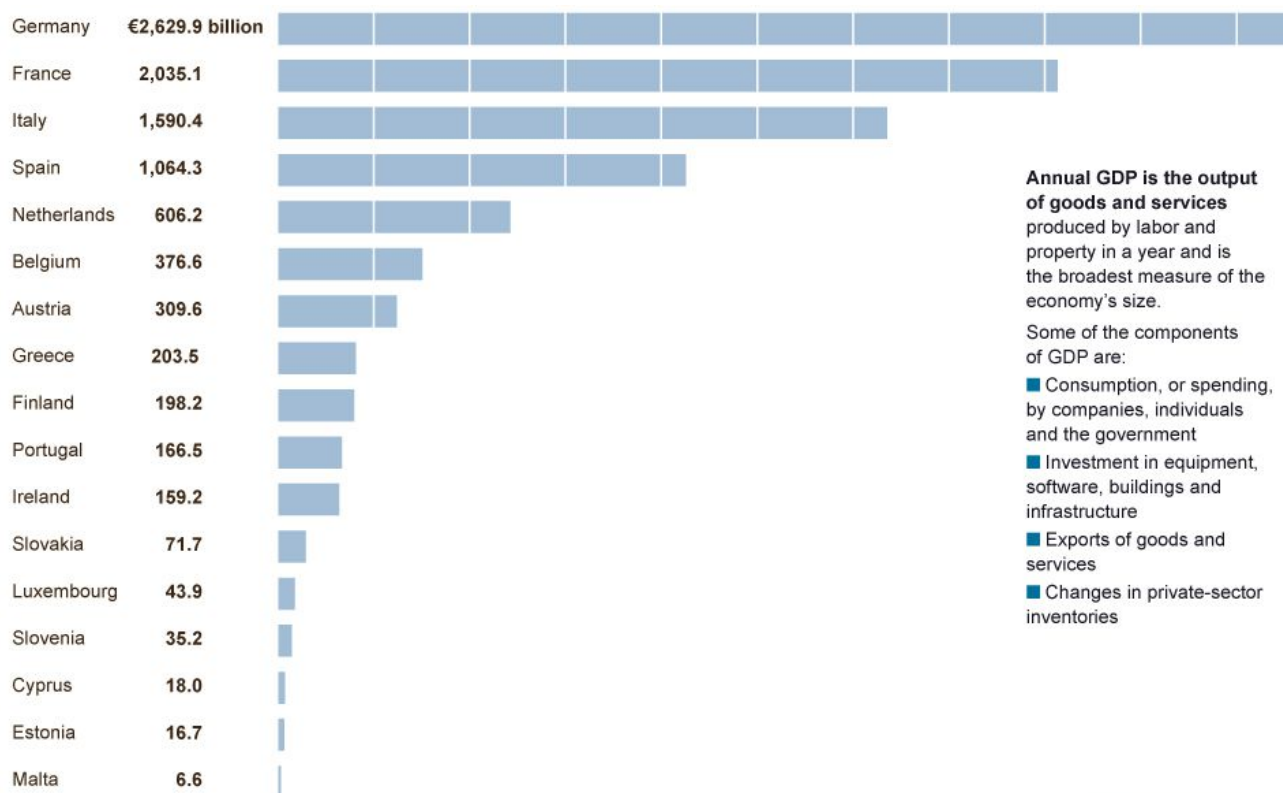
That rhetoric plays well at home, but it has opened the kind of fissures with other countries that monetary union was supposed to help prevent. Many Europeans are frustrated by what they perceive as a German tendency to turn the crisis into a morality play about the virtues of frugality and diligence.

"Part of the problem is that Germany acts as if it's the only virtuous country in the world, as if Germany has to pay the bill for everyone else," Luxembourg Prime Minister Jean-Claude Juncker said recently. "That's hugely insulting to the other countries."

In the years immediately following the euro's introduction, Germany's heavily regulated economy lagged behind. Germany responded by keeping a lid on wages and reforming its labor market—the same medicine it now demands of others. Those measures paid off for Germany because of a booming global economy, and strong demand in the rest of the euro zone boosted exports. In the current economy, Spain, Ireland and Italy don't have those advantages.

Euro Zone by the Numbers

The 17-nation euro zone is a collection of countries with vastly different economic profiles. See how they stack up on the major measures.



*The executive arm of the 27-member European Union, of which 17 member states use the euro.

(Last updated May 22, 2012)
The Wall Street Journal

Critics of Germany's approach to the crisis contend that if all euro-zone countries followed Germany's example by relying on exports and modest consumption, there would be no one to buy the goods. Germany is now the main beneficiary of the euro because the currency's relative weakness makes its goods more competitive in other parts of the world, these critics say.

These critics say that Germany's strategy is shortsighted. German companies and banks may have limited direct exposure to smaller countries such as Greece and Ireland, but they are heavily invested in Spain, Italy and France.

A potential euro collapse poses a significantly greater threat to the German economy than vouching for other countries' debt, they say. If the euro implodes, the value of a new German currency would surge, making the country's cars, machinery and other exports less attractive to other countries.

China, Brazil and other emerging economies have driven German export growth in recent years, but the euro zone still buys more than 40% of the goods that leave the country.

A growing number of economists are expressing doubts about the viability of the euro zone in its current form. Some southern European countries face years of recession and agony to restore their international competitiveness. Greece, where an upstart leftist party that vows to stop honoring the terms of the country's international loans may win the coming election, shows the potential for political backlash.

Germany, at the moment, doesn't appear to be overly concerned. In a week that saw Spain inch closer to the abyss and the euro dip to two-year lows against the dollar, German politicians and media were immersed in domestic issues, such as energy policy, child-care subsidies and the prospects for the national soccer team at the coming European championships.

At a conference in Brussels last week, Thomas Steffen, state secretary at the German finance ministry, responded to criticism that Germany had been too slow to help its neighbors by making reference to the fable of the ant and the grasshopper. The ant, he noted, works through the summer to store up food for the winter while the grasshopper wastes the warm months singing.

Some in the audience took the analogy as a call on southern Europe to take their fate into their own hands.

Mr. Steffen didn't tell audience members how the fable ends: When winter comes, the starving grasshopper begs the ant for food. Rebuking the grasshopper for his idleness, the ant turns his back and crawls away.

—*Stephen Fidler contributed to this article.*

Write to Vanessa Fuhrmans at vanessa.fuhrmans@wsj.com and Matthew Karnitschnig at matthew.karnitschnig@wsj.com

A version of this article appeared June 6, 2012, on page A1 in the U.S. edition of The Wall Street Journal, with the headline: Germany Grapples With Rescue Role.